

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Deinhardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steindrenner, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die viergespalt. Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Vor der Entscheidung.

Die Verhandlungen im Reichstag über das von der Reichsregierung Anfang Dezember vorgelegte Reichsvereinsgesetz sind an einem kritischen Punkte angekommen. Bekanntlich wurde die Regierungsvorlage nach ihrer ersten Beratung im Reichstag einer Kommission zur weiteren Behandlung überwiesen. In dieser Kommission hat man sich nun sehr gründlich mit dem Gesetzentwurf beschäftigt. Mehr als zwei Monate brauchte man dort zu einer ersten Lesung der Vorlage, die erst am 2. März ihren Abschluß fand; am 11. März beginnt die Kommission die zweite Lesung, und erst wenn diese beendet ist, kommt die Vorlage wieder vor das Plenum des Reichstags zur weiteren Beratung zurück. Bis dahin ist noch ein recht weiter Weg zurückzulegen, und es ist noch nicht abzusehen, wann und ob überhaupt die Vorlage Gesetzeskraft erlangen wird.

Die Vereinsgesetzkommission hat den Entwurf mehrfach abgeändert. So gelang es den sozialdemokratischen Kommissionsvertretern gemeinsam mit den Freisinnigen, den Polen und den Zentrumsabgeordneten, den § 3 erheblich zu verbessern insofern, als Wahlversammlungen und gewerkschaftliche Versammlungen von der Anmeldepflicht befreit sein sollen und eine öffentliche Bekanntgabe der Versammlung von der Verpflichtung ihrer Anzeige bei der Polizei entbindet. Auch der § 4, betreffend öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel, wurde etwas verbessert. Bemerkenswert ist auch die von der Kommission beschlossene Fassung des § 9 des Gesetzentwurfs, wonach die Befugnis der Auflösung öffentlicher Versammlungen durch die Polizei erheblich beschränkt wird. Das meiste Interesse verdient aber die Kommissionsberatung über den § 7 der Vereinsgesetzvorlage, der das verfassungsmäßig gewährleistete Versammlungsrecht der Polen beseitigen soll.

Wir haben schon früher an dieser Stelle des ausführlichen die Bedeutung dieses Paragraphen für das öffentliche Leben und insbesondere für die gewerkschaftliche Bewegung in Deutschland dargelegt; wir haben nachgewiesen, daß es sich in dieser gesetzlichen Bestimmung um nichts anderes als um ein Ausnahmegesetz gegen die deutschen Gewerkschaften handle, geschaffen allein auf Wunsch und im Interesse des großindustriellen Scharfmachertums. Wie recht wir damit hatten, das hat auch die Beratung in der Vereinsgesetzkommission gezeigt.

Der antisemitische Abgeordnete Graef beantragte in der Kommission bei Beratung des § 7, das Verbot der nicht-deutschen Versammlungssprachen durch die Bestimmung zu mildern, daß „in Versammlungen, in denen von dem § 152 der Gewerbeordnung genannten Personenzirkeln ausschließlich die dort bezeichneten Zwecke erörtert werden“, auch nichtdeutsche Verhandlungssprachen gestattet sein sollten. Durch diese Bestimmung sollte bewirkt werden, daß das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht jener Arbeiter, welche der deutschen Sprache nicht mächtig sind, wenigstens einigermaßen gewahrt bleibe. Bei Beratung dieses Antrags zeigte es sich, daß gerade das, was durch den Antrag Graef verhütet werden sollte, von der Reichsregierung mit dem § 7 der Vorlage beabsichtigt war, nämlich eine Schädigung der gewerkschaftlichen Bewegung.

Von dem Vertreter der Regierung, dem Unterstaatssekretär Wermuth, wurde der Antrag Graef entschieden bekämpft. Der Regierungsvertreter ließ darüber keinen Zweifel, daß mit dieser Gesetzesbestimmung vor allen Dingen auch die gewerkschaftlichen Bestrebungen fremdsprachiger Arbeiter getroffen werden sollten. Herr Wermuth beschäftigte sich in seiner Antwort auf diesen Antrag ausschließlich mit den Verhältnissen der Industriebezirke, namentlich Rheinland-Westfalens. Es bestehe die Gefahr, daß die polnische Ausdehnung sich auch auf reindeutsche Gebiete erstrecke, und dagegen sei Abhilfe durch den § 7 erforderlich. Damit wird alles das bestätigt, was vor Monaten schon in der Blockpresse behauptet worden ist: daß diese Bestimmung auf Betreiben der rheinisch-westfälischen Eisen- und Kohlenmagnaten in den Gesetzentwurf hineingebracht worden ist, um die gewerkschaftliche Bewegung unter den fremdsprachigen Arbeitern unmöglich zu machen — zum Schaden auch der deutschen Arbeiter.

Zu Zehntausenden werden polnische und sonstige fremdsprachige Arbeiter von den Unternehmern nach den Industriegebieten gelockt, um dort den einheimischen Arbeitskräften Konkurrenz zu machen. Durch Legitimationszwang und Ausweisungsspraxis macht man die ausländischen Arbeiter zu willenlosen Sklaven. Man will auch die Lohnarbeitenden preußischen Staatsbürger, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, zu solchen willenlosen Sklaven machen, indem man sie gewaltsam verhindert, ihre gemeinsamen Erwerbsangelegenheiten miteinander zu beraten. Hier wie dort handelt es sich um die künstliche Züchtung eines europäischen Kullitums, das die Ware deutsche Arbeitskraft im Preise drücken und den deutschen Arbeitern in ihren Lohnkämpfen das Rückgrat brechen soll. — Alles im Interesse des deutschen Großunternehmer- und Scharfmachertums.

Die Vertreter der linksstehenden Parteien haben die arbeiter-schädigende Tendenz dieses Ausnahmegesetzes gegen die fremdsprachigen Arbeiter richtig erkannt, und sie haben diesen Paragraphen in der Kommission zu Fall gebracht. Und das, obwohl von Seiten der Regierungsvertreter erklärt wurde, daß „die verbündeten Regierungen“ auf den § 7 des Vereinsgesetzes nicht verzichten, ja selbst einer geringen Milderung dieses Paragraphen, durch welche das Koalitionsrecht der fremdsprachigen Arbeiter notdürftig geschützt würde, nicht zustimmen könnten. Diese Erklärung der Vertreter der „verbündeten Regierungen“, eröffnet uns die trübliche Aussicht, daß die ganze Reichsgesetzvorlage in den Orkus verschwindet und von einer reichsgesetzlichen Regelung des Vereins- und Versammlungsrechtes zunächst abgesehen wird, wenn — die in dieser Frage ausschlaggebenden freisinnigen Parteien nicht im letzten Augenblick umfallen und mit der Regierung sich über eine Modifikation des § 7 des Reichsvereinsgesetzes verständigen.

In der Tagespresse wurde schon gleich nach der Beendigung der ersten Lesung des Gesetzentwurfes in der Kommission mitgeteilt, daß die Führer der freisinnigen Parteien, die Herren Müller-Meinungen und v. Payer, mit dem Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg über eine den Freisinnigen gangbare Fassung des § 7 konferiert hätten. Bei dem Bestreben der bürgerlichen Linken, es den Konservativen und Nationalliberalen in bezug auf loyale Gesinnung und Blocktreue zuvorzutun, koste es, was es wolle, muß man leider mit der Gewissheit einer freisinnigen Umfassung in dieser für die deutschen Arbeiter verhängnisvollen Frage rechnen.

Die freisinnigen Parteien haben sich bisher als recht unzuverlässige Vertreter der Arbeiterinteressen erwiesen. Die Arbeiterschaft hat das gut genug begriffen, und sie hat den Freisinnigen immer mehr die Gefolgschaft verweigert, so daß sie, die ehemals mächtigste Fraktion des Reichstags, an Zahl merklich zusammengeschnitten sind und im politischen Leben nur noch wenig Bedeutung haben. Jetzt sind sie in einer die deutschen Arbeiter aufs engste berührenden Frage als ausschlaggebende Partei berufen, ein Votum in arbeiterfreundlichem, freiheitlichem Sinne abzugeben und damit frühere Sünden an dem Arbeiterstand zum Teil wenigstens wieder gut machen zu können. Versagen sie auch jetzt wieder, dann bringen sie sich auch noch um den wertigen Kredit, den sie jetzt noch bei dem deutschen Arbeiter hatten, und sie nötigen alles, was Arbeiter heißt, zu einem erbitterten Kampf gegen die Freisinnigen aller Schattierungen.

Die katholischen Arbeitervereine.

II.

(Schluß.)

n. Zweierlei macht das Wesen der katholischen Arbeitervereine von heute aus: erstens die Abhängigkeit von der Kirche, die konfessionelle Grundlage, zweitens die antisozialistische, im Interesse des Zentrums getriebene politische Tätigkeit. Im Normalstatut des Verbandes westdeutscher Arbeitervereine heißt es, daß der Verein der Autorität der kirchlichen Behörde untersteht; Genaueres darüber, wie weit diese Autorität zu gehen hat, findet sich nicht im Statut. Indessen kann, wenn das Wort einen Sinn haben soll, es hier wohl nur so gedeutet werden, daß es Sache des Bischofs ist, darüber zu bestimmen, ob ein katholischer Arbeiterverein irgendwo gegründet werden soll oder

nicht, und daß die Beschlüsse der Vereine und ihrer Delegiertentage sich nicht in Widerspruch mit der Meinung des Bischofs befinden dürfen; darüber zu wachen, ist Sache der vom Bischof ernannten geistlichen Präses. Mit der Bestimmung des Statuts, daß der Verein die „Wahrung und Förderung der Religiosität und Sittlichkeit im engen Anschluß an die Kirche“ zu erstreben habe, ist dann zugleich, man braucht nur die Sozialdemokraten als den Feind der Religion und der Sittlichkeit zu erklären, die antisozialistische, zentrumpolitische Tätigkeit der katholischen Arbeitervereine gegeben.

Nun enthält zwar das Statut der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands die Bestimmung, daß „politische Bestrebungen ausgeschlossen“ sein sollen. Aber in seiner Schrift über die katholischen Arbeitervereine bekennt Müller, daß diese Bestimmung hauptsächlich deswegen eingefügt wurde, „um von den sehr lästigen Bestimmungen der Gesetzgebung über politische Vereine und Versammlungen verschont zu bleiben“. Aber wenn demnach auch eine Beschäftigung mit rein politischen Fragen aus dem Vereinsleben fernzubleiben habe, so sei „die bloße Belehrung über politische Fragen gesetzlich nicht verboten“. Sehen wir nun zu, wie in den katholischen Arbeitervereinen die „Belehrung über politische Fragen“ getrieben wird.

Zunächst erklärt Müller es als selbstverständlich, daß die katholischen Arbeitervereine „sich mit voller Überzeugung und warmer Begeisterung auf den monarchischen Boden stellen, in unverbrüchlicher Treue und Liebe zum Vaterland und zum angestammten Herrscherhause und dessen Vertreter, dem Kaiser und König stehen. ... Diese Treue zum Vaterland und zum Kaiserhaus glauben die katholischen Arbeitervereine vor allen Dingen dadurch beweisen zu sollen, daß sie gegenüber den revolutionären Sozialdemokraten sich sammeln zur Verteidigung der christlichen Staats- und Gesellschaftsordnung, wie besonders zur emigen Mitarbeit an der Fortführung der Sozialreform.“ Nun aber kommt die Hauptsache:

„Die Abwehr gegnerischer Angriffe wird für katholische Arbeiter naturgemäß eine Verteidigung der Sozialpolitik der Zentrumspartei bilden. Denn ohne Religion und Politik miteinander vermengen zu wollen, dürfen wir doch behaupten, daß unter den heutigen politischen Verhältnissen für einen katholischen Arbeiter keine Partei gefunden werden könne, die für seine religiösen und wirtschaftlichen Interessen in gleicher Weise eintritt wie das Zentrum. Selbst wenn es wahr wäre, daß das Zentrum, wie die Sozialdemokraten behaupten, in mancher Beziehung die wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter vernachlässigt, so bliebe dennoch das Zentrum einzig und allein diejenige Partei, bei der die Katholiken unseres Vaterlandes ihre höchsten Güter, die Rechte des Glaubens und der Kirche vollaus geschützt wissen. ... Wahrung der höchsten Güter — das muß auch für den katholischen Arbeiter zum Grundsatz der Politik werden. Die Treue zu seiner Partei, zum Zentrum, muß demnach für ihn die Bedeutung haben, daß er in dieser Partei in gleicher Weise für die religiösen und nationalen Güter einzutreten bestrebt ist, daß er alles einsetzt, diesen Charakter seiner Partei allezeit zu erhalten. Sollten deshalb Strömungen sich geltend machen, die das Zentrum vielleicht zur Vertretung einer einseitigen Interessenpolitik herabwürdigen wollen, so müßten die Arbeiter in erster Linie dagegen Front machen. Gleichwohl müssen die Arbeiter verlangen, daß ihre Partei in dem Rahmen ihrer religiösen und nationalen Aufgaben auch die Rechte der einzelnen wirtschaftlichen Stände, zumal der Arbeiter schützt, weil eben diese am meisten von den Mißständen des wirtschaftlichen Lebens betroffen werden. Darum sollen sie ihre Wünsche dem Zentrum übermitteln und auf ihre Verwirklichung drängen. Freilich werden sie keine ausschließliche Bevorzugung ihrer Interessen fordern, da Handwerker, Kaufleute, Landwirte dann ein Gleiches für sich erwarten dürfen. Der Grundsatz von dem Ausgleich der berechtigten Interessen muß das Fundament aller politischen Bestrebungen auch der Arbeiter sein.“

Damit wäre also die Verpflichtung der katholischen Arbeitervereine auf die Zentrumspolitik in aller Form ausgesprochen. Die „Belehrung über politische Fragen“ läuft darauf hinaus, die Mitglieder der katholischen Arbeitervereine zu Anhängern, Helfern und Agitatoren der Zentrumspartei auszubilden, und die Bestimmung des Statuts, daß „politische Bestrebungen ausgeschlossen“ sind, ist dahin zu verstehen, daß der Arbeiterverein sich nicht selbständig, sondern nur im Gefolge und durch Vermittlung des Zentrums politisch betätigen soll. Müller verwendet viele Sorge

Wenn die Maschine steht, geht er einfach vorbei.“ Na, der Schutz wurde doch noch gegen den Willen dieses Mannes angebracht. So sind die meisten Maschinen noch verbesserungsbedürftig.“ So kommt es auch noch oft vor, daß in Sägereien und Holzwarenfabriken die Wendelkägen im Freien stehen. Die Arbeiter stehen bei Wind und Wetter an dieser zugigen Maschine. Gar mancher hat sich hier schon den Keim des Todes geholt. Das ist ein Mißstand, der zum Himmel schreit. Steht auch der Arbeiter allem Wetter ausgesetzt frei da, die Lagerstellen der Maschine sind sicher verdeckt, damit die Lager nicht rosten können. Kosten doch auch Lager Geld, ein Arbeiter nichts.

Sehen wir uns noch kurz die Transmissionen an. Zugegeben, daß schon vieles hier sich besser gestaltet hat, aber wie unendlich viele Fabriken gibt es noch heute, wo an den Transmissionen, an Keilriemen, Werkupplungen jeder Schutz fehlt. In sehr viel Fabriken werden die Riemen noch während des Ganges aufgelegt, und leider gibt es auch immer noch Kollegen, die eine solche Arbeitsweise mitmachen. Vielfach kennt man noch nicht einmal den einfachsten Riemenaufleger. Unzählige Maschinen gibt es, an welchen an dem Vorgelege keine Leerseibe angebracht ist. Der Riemen wird bei jeder Benutzung auf- und abgelegt. Sogar zwei bis drei Maschinen hängen an einem Vorgelege. Genug, Kollegen. Die Mißstände sind Legionen.

Einer Besserung dieser Verhältnisse sehr im Wege steht es, daß die Fabrikinspektoren gewöhnlich ihre Besuche in den Fabriken anmelden und der Beamte dann vom Chef herumgeführt wird. Eine Maschine, welche im schlechtesten Zustand ist, steht dann gewöhnlich leer, sie ist ausrangiert. Das hindert natürlich nicht, daß die betreffende Maschine später wieder in Betrieb genommen wird. Dem Arbeiter, welcher gern einen Wunsch vorbringen möchte, ist dieses durch die Gegenwart des Chefs um einfach unmöglich gemacht. Auch ist noch vielfach die Ansicht vertreten, daß sich eine Schutzvorrichtung an allen Maschinen nicht anbringen lasse. Diese Ansicht ist irrig. Hindernis beim Anbringen solcher Vorrichtungen ist nur der Geldbeutel des Unternehmers.

Vielfach schiebt man auch alle Schuld auf den Maschinenarbeiter, wenn er an der Maschine zu Schaden kommt. Wenn dieses auch vereinzelt der Fall ist, so steht doch fest, daß die Schuldigen ganz wo anders zu suchen sind. Da wird oft dem Maschinenarbeiter ein Verstoß zugemutet, welches er unmöglich bewältigen kann, ohne alle Vorsicht aus dem Auge zu lassen. Oder es ist ein raffiniert ausgeklügeltes Antreibersystem vorhanden. Da verlangt der Unternehmer vom Banktschreiber in kürzester Zeit die Arbeitsstücke zurück. Der an der Bank tätige Kollege ist aber auf den Maschinenarbeiter angewiesen. Letzterer kann jedoch nicht genügend schaffen, so daß auch von Seiten der Banktschreiber immer wieder gedrängt wird. In vielen Fällen sind eben zu wenig Maschinenarbeiter tätig. Vielfach sind unsere Kollegen auch gezwungen, in ungeheizten Räumen zu arbeiten, herumliegende Abfälle häufen sich zu Bergen auf, mangelhafte Beleuchtung ist ebenfalls dazu angetan, die Unfallgefahr zu vermehren.

Ein großer Übelstand ist auch noch das sogenannte Krautern der Banktschreiber an den Maschinen. Wir denken dabei nicht daran, daß in einigen Werkstätten für diese Kollegen bestimmte Maschinen zur allgemeinen Benutzung stehen. Es kommt vor im Arbeitsprozeß, daß bestimmte Arbeiten besser von dem das Produkt anfertigenden gelernten Arbeiter gemacht werden als von einem Maschinenarbeiter. Nein, darunter meinen wir die häufig vorkommenden Fälle, daß Arbeiter in den Maschinenraum gestürzt kommen, den betreffenden Arbeiter von der Maschine wegzutreten veranlassen und nun in größter Hast ihre Arbeit fertigstellen. Erstens sind dadurch schon viel Unfälle zu verzeichnen gewesen, und zweitens glaubt auch in vielen Fällen der Arbeitgeber, daß der ständige Maschinenarbeiter nun ebenso hasten müsse. Er hält den Mann einfach für träge, wenn er sieht, wie hastig der gelernte Arbeiter an der Maschine murkst. Daß der Maschinenarbeiter nicht so schnell arbeiten kann wie ein Kollege, welcher nur auf kurze Minuten sich einmal an die Maschine stellt, danach wird einfach nicht gefragt.

Die Lohnverhältnisse der Maschinenarbeiter sind sehr ungünstige, was wohl darin mit seinen Grund hat, daß sehr viele Kollegen auf dem Lande wohnen. Zumeist haben diese irgend ein, wenn auch winziges Stückerl Land im Besitz oder auch gepachtet. Die Arbeit damit wird nicht in Rechnung genommen, zumeist auch von den Frauen bewältigt. Über der Mann hat nicht unerhebliche Vorteile davon. Während der in der Stadt wohnende Kollege auch das geringste im Haushalt kaufen muß, wachsen dem ländlichen Kollegen verschiedene Naturalien zu. Er ist viel eher geneigt, für geringen Lohn zu arbeiten, wie sein Kollege, welcher in der Stadt wohnt.

Sehr haben die Maschinenarbeiter auch unter den äußerst ungünstigen Ventilationseinrichtungen zu leiden. Gehäusen sind zumeist noch unbekannte Dinge. Auch gibt es Werkstätten, wo sich der Unternehmer zwar entschließt, irgend einen ausrangierten Ventilator anzuschaffen, aber zumeist tritt er nicht in Funktion. Ja, uns ist ein Fall bekannt, wo der Betriebsleiter sich haff verwunderte, daß ein älterer Arbeiter sich dem Verlangen der jüngeren anschloß, bessere Ventilation einzurichten. „Über es ist doch nun so lange gegangen, und nun verlangen auch Sie noch dieses Zeug mit.“ Sehr richtig wurde ihm erwidert, daß es der alte Arbeiter denn jetzt auch einseht, wie er seine gesunden Lungen im Staub und Dreck verdorben hat.

Wer einmal einen Blick in die Schleifräume der Holzbearbeitungsfabriken tut, wird schauernd zurückprallen. Schleiftrümmeln und andere Schleifmaschinen entwickeln solch fürchterlichen Staub, daß die dabei stehenden in wenigen Minuten keinem Menschen mehr ähnlich sehen. Die nächste Folge davon ist Erbrechen, Husten, Bleichsucht, Schwindel usw. Nur durch häufiges Trinken können die Wirkungen etwas herabgemindert werden. Vergleichen wir nun einmal die Löhne, welche wir Maschinenarbeiter und Arbeiterinnen noch vielfach aufzuweisen haben. Diese sind einfach Hungerlöhne. Viele Tausende von uns haben noch Stundenlöhne von 20, 22 und 25 Pf. Wenn auch vereinzelt höhere Sätze gezahlt werden, so schafft dieses die Tatsache nicht aus der Welt, daß die meisten für wahre Hungerlöhne zu arbeiten haben, und leider bieten sich auch immer wieder Kräfte für diesen Preis an. In vielen Werkstätten ist auch ein Akkordsystem eingeführt, welches den Arbeiter erst recht

ausbeutet. Ein Hasten und Jagen entsteht dabei, wie es schlimmer nicht gedacht werden kann. Noch schlimmer wird die Ausnutzung der Arbeiter beim sogenannten Kolonnen-system. Hier wird der eine des anderen Antreiber. Da gibt es keine Rücksicht auf den Nebentatler. Nur schaffen heißt es da, daß ja der andere nicht scheel herübersteht. Aber auch die Bezahlung innerhalb einer solchen Kolonne ist ungerecht. Da kommt irgend ein Neuling hinzu. Wenn er auch an der Maschine eingerichtet ist, das hilft ihm nichts. Er wird mit einem geringen Prozentsatz innerhalb der Kolonne abgepeitelt. Der Kolonnenführer nimmt das meiste, die Zweiten, Dritten usw. etwas weniger und der Neuling, wie schon angegeben, den Rest; aber seine Arbeit muß er ebenso wie alle anderen leisten. Dabei muß der Gedanke an Kollegialität und Solidarität erstickt werden. Ja, noch schlimmere Sachen kommen vor. Ich kenne Fälle, wo einem Neuling vom Kolonnenführer auf dessen Frage nach dem Verdienst gesagt wurde: Na, du mußt schon drangehen, um etwas zu verdienen. Aber ein Lohnsatz wurde ihm nicht gesagt. Am Schlusse der Arbeit kommt aber der Meister, sieht, daß ein Haufen Arbeit hingeworfen ist, und zieht einfach vom Preise ab, weil nach seiner Meinung zu hoch verdient war. Alles in allem kann man sagen, daß gerade für den Maschinenarbeiter neben der gefährlichsten Arbeitsweise noch die raffiniertesten Ausbeutungssysteme in Anwendung kommen und daß der Lohn für diese schwere, schmutzige, gefährliche Arbeit überall weit unter dem der gelernten Arbeiter steht.

Gerade hier wäre ein Gebiet für die Tätigkeit der Berufs-genossenschaften gegeben. Derartig gefährliche Arbeitsmethoden könnten einfach untersagt werden. Sie sind nur dazu angetan, die Zahl der Unfälle rapid zu vermehren. Statt aber gegen die Einrichtungen, wie sie hier geschildert sind, vorzugehen, sucht man noch die Arbeiter für die vor kommenden Unfälle verantwortlich zu machen. Sind doch schon Vorschläge dazu vorhanden, den Arbeiter zu bestrafen, welcher an einer Maschine arbeitet, die keine genügende Schutzvorrichtung hat. Die Empfänger der Unfallrenten können ja auch ein Lied davon singen, wie die Berufs-genossenschaften auf die Schmälerung ihrer Rente hinarbeiten. Hand in Hand damit geht das Bestreben verschiedener Ärzte, in dem verletzten Arbeiter den Simulanten zu sehen.

Das sind Verhältnisse, die zu denken geben. Doch gibt es nur einen Weg zur Beseitigung dieser Mißstände: die Organisation. Überall müssen die Kollegen mitarbeiten, daß auch der letzte unserer Organisation zugeführt wird. Wir können nur im Verein mit den gelernten Berufskollegen unsere Lage verbessern. Überall dort, wo es letzteren möglich war, etwas günstigere Verhältnisse zu schaffen, sind auch für uns Maschinenarbeiter Vorteile erzielt worden. Deshalb kann nur unsere Lösung sein: Agitieren für den Deutschen Holzarbeiterverband. Dazu müssen wir überall, wo die Möglichkeit gegeben ist, Sektionen für unsere Kollegen schaffen. Hier können wir unsere speziellen Fragen und Wünsche ausführlich besprechen. Gerade unser Beruf hat ein sehr großes Rekrutierungsgebiet. Da kommen zunächst zahlreiche gelernte Kollegen zu uns, die aus irgend einem Grunde der Bankarbeit Valet sagen. Zahlreich sind diejenigen, die aus anderen Berufen zu uns übergehen. Da haben wir Bäcker, Fleischer, Müller und viele andere Berufsarten, denen es in einem gewissen Alter nicht mehr gelingt, in ihrem Beruf unterzukommen. Sie gehen in die erste beste Fabrik und bieten sich an. Leben wollen sie um jeden Preis. Dann die große Masse der ungelerten Arbeiter. Alle diese finden zunächst Beschäftigung als Hilfsarbeiter auf Gassen, Holzplätzen usw. Diese erhalten einen äußerst niedrigen Lohn und sehen es schon als einen Erfolg an, wenn sie an irgend eine Maschine gestellt werden. Auch hier müssen wir auflärend eingreifen. Nicht dadurch, daß wir uns abschließen gegen den Zustrom zu unserem Beruf, sondern dahingehend, daß wir diese neuen Kollegen mit den Einrichtungen und Gefahren unserer Branche vertraut machen. Dadurch schützen wir uns selbst vor Lohndruck und können dem Verband immer mehr Kämpfer zuführen. Mögen sich die Kollegen fleißig an der Aufklärungsarbeit betätigen. Wir können dabei nur gewinnen.

Soziales.

Im Reichstag

begann am 27. Februar die erste Lesung der beiden Gewerbeordnungsnovellen. Die erste dieser Vorlagen bedeutet ein Entgegenkommen an die Zunftschwärmer, denen hier der sogenannte kleine Befähigungsnachweis gebracht wird. Künftig sollen nur noch diejenigen Handwerker das Recht haben, Lehrlinge auszubilden, die auf Grund der abgelegten Prüfung berechtigt sind, den Meisterstitel zu führen. Die Wünsche unserer enragierten Zünftler gehen weiter; sie möchten am liebsten die Gewerbefreiheit aufheben und die Ausübung eines Gewerbes nur den Zunftmeistern gestatten, welche den Befähigungsnachweis erbracht haben. Die guten Leute bilden sich ein, daß mit dem Befähigungsnachweis dem Handwert der goldene Boden wiedergegeben werden könnte, den es, einer Sage zufolge, früher einmal besessen hat.

Wie töricht die Hoffnung auf die Wunderwirkung des Befähigungsnachweises ist, sieht jeder sofort ein, der sich die Mühe nimmt, die Ursachen für den Niedergang des Kleinhandwerkes vorurteilsfrei zu betrachten. Der in seinem Beruf tüchtigste Handwerker wird auf keinen grünen Zweig kommen, wenn er nicht richtig zu rechnen versteht. Aber wenn er auch richtig kalkulieren kann, dann hat er damit noch keineswegs die Sicherheit, den erstrebten goldenen Boden zu gewinnen. Er kann gegen den Großbetrieb nicht aufkommen. Das Großkapital ist der Todfeind des Handwerkes. Mögen einzelne Kapitalisten und Großindustrielle dem Kleinmeister mit noch so schönen Redensarten um den Bart gehen; in dem Maße, wie sich die Großbetriebe ausbreiten, geht das Handwerk zurück. Und die Handwerksmeister, die sich von ihren übermächtigen Konkurrenten betören und vor deren Wagen spannen lassen, leisten ihrem eigenen Stand Totenüberdienste.

Es ist menschlich begreiflich, daß die dem Untergang geweihten Mittelschichten nach jedem Strohhalme greifen, um ihre wirtschaftliche Selbstständigkeit zu bewahren. In dem Verzweiflungskampf um die Existenz greifen sie wie Leute, die den Kopf verloren haben, zu den verkehrtesten Mitteln. Der Kapitalismus ist ihr Feind; er scheint ihnen aber so übermächtig, daß sie gar keinen Versuch wagen, gegen ihn anzukämpfen. Viel lieber schimpfen sie auf die Sozialdemokratie, welche zwar ihre Existenz nicht bedroht, ihnen aber als objektiver Arzt sagt, daß sie unaufhaltbar der Auflösung entgegengehen, da der Kapitalismus als unerfättlicher Vampir ihnen das Blut aussaugt.

Der gewerbliche Mittelstand umfaßt immerhin eine zahlreiche Bevölkerungsschicht, die von den Parteien eifrig umworben wird, und an deren Freundschaft auch der Regierung viel gelegen ist. Wollte die Regierung den Mittelständlern über ihre Lage klaren Wein einschenken, dann würde die Freundschaft bald ein Loch bekommen. Man zieht es deshalb vor, ihren Wünschen entgegenzukommen, obwohl man weiß, daß das verordnete Heilmittel weder das Leben lindert, noch das Leben des Patienten auch nur um das geringste verlängern kann.

Ein solches Mittel ist der kleine Befähigungsnachweis. Der Gesetzentwurf, der an eine Kommission verwiesen wurde, wird voraussichtlich mit großer Majorität angenommen werden. Alle bürgerlichen Parteien haben ihn sympathisch begrüßt, nur die Redner der Sozialdemokraten wiesen nachdrücklich darauf hin, daß er weder dem Handwerk nützt, noch eine gründliche Ausbildung der Lehrlinge garantiert. Er gibt lediglich den Innungsmeistern ein Privilegium für die Lehrlingsausbeutung, womit jedoch der Volkswirtschaft kein Dienst erwiesen wird. Von der Regierung wurde nachdrücklich betont, daß die Vorlage mit zünftlerischen Bestrebungen nichts zu tun habe. Die Innungsämter im Lager der Konservativen und des Zentrums wissen das aber besser; sie betrachten das Gesetz als den ersten Schritt auf dem Wege zum großen Befähigungsnachweis, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß sie recht behalten.

Im Anschluß an diese Vorlage erfolgte die erste Beratung eines Gesetzentwurfes betreffend die Herstellung von Zigarren in der Hausarbeit, in Verbindung mit der Vorlage, welche die Abänderung des Titels VII der Gewerbeordnung zum Zweck hat. Es sind recht verschiedenartige Gegenstände, die hier gemeinsam behandelt werden. Wir verweisen hinsichtlich der Einzelheiten dieser Gewerbeordnungsnovelle auf unsere Artikel in Nr. 8 und 4 der „Holzarbeiter-Zeitung“, in welchen wir die Vorlage einer Besprechung unterzogen haben. Der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg gab in seiner Einleitungsrede zu, daß durch den Gesetzentwurf unser Gewerbe nicht übersichtlicher wird, vorläufig will er aber von einer durchgreifenden Umarbeitung der Gewerbeordnung absehen und an diesem Werte noch ficken, solange es irgend möglich ist. Die Vorlage wurde im allgemeinen freundlich aufgenommen. Von den Rednern der bürgerlichen Parteien wurden wohl verschiedene Wünsche nach Verbesserungen in Einzelheiten laut, für das Werk im ganzen erntete jedoch die Regierung von den verschiedensten Seiten Anerkennung. Wie bescheiden die bürgerlichen Parteien sind, wenn es sich um den Arbeiterschutz handelt, zeigte die Kritik, welche Genosse Mollenhuth an dem Entwurf übte. Die Zusammenfassung des Reichstags berechtigt leider nicht zu der Hoffnung, daß die Gesetzgebung den Anregungen, die von den berufenen Arbeitervertretern gegeben wurden, die notwendige Beachtung schenkt. Und so dürfte auch diese Arbeiterschuttsaktion Stück- und Flickwerk bleiben.

Wie schwach das soziale Empfinden in den bürgerlichen Parteien entwickelt ist, kann man aus der Tatsache entnehmen, daß zum Beispiel der freisinnige Abgeordnete Gunders von Sonneberg eine Lanze für die Heimarbeit in der Spielwarenindustrie seines Wahlkreises einlegte und auf die Berliner Heimarbeit ausstellung schalt, welche das Glend jener Arbeiter einem größeren Kreise vorführte. Überboten wurden diese Ausführungen noch durch den nationalliberalen Abgeordneten Everling, der als Sekretär des Evangelischen Bundes besonders christlich veranlagt ist. Dieser Gute sang ein Loblied auf die Heimarbeit und bestritt entschieden, daß sie lohndrückend wirke! Aufmerksame Zuhörer fand der Pfarrer Naumann, der auch dem Problem der Heimarbeit ein größeres Verständnis entgegenbringt als die meisten seiner Bloßfreunde. Allerdings dürfte er mit seinem Rat, das wohlhabende Publikum möge keine Waren kaufen, die für Schundlöhne in der Hausindustrie angefertigt wurden, wenig Erfolg erzielen. Die Vorlage wurde schließlich an eine Kommission verwiesen, und es bleibt zunächst abzuwarten, was für eine Behandlung sie dort erfährt.

Der größte deutsche Konsumverein, der Breslauer, hatte am Schlusse des Jahres 1907 87 319 Mitglieder. Der Warenumsatz stieg von 16 933 452 auf 18 815 113 Mt. Der Verein hat eine Profabrik, die 17 561 086 Kilogramm erzeugte; eine Mineralwasserfabrik produzierte 2 072 719 Literflaschen Selterwasser, 731 700 Konsumbräuse, 100 050 Litermerwasser, 148 925 Sodawasser und 187 175 Flaschen Limonade, zusammen 3 185 569 Flaschen gegen 1 996 352 im Vorjahre. Der Konsum an alkoholfreien Getränken ist somit erfreulich gewachsen. Der Verein besitzt gegenwärtig 71 Lager und 4 Kohlenmiederlagen und beschäftigt zurzeit 882 ständige Bedienstete.

!!! Kollegen! Zahlt pünktlich eure Beiträge! !!!
Pünktliche Beitragszahlung erleichtert die Mitgliedschaft im Deutschen Holzarbeiterverband.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrags erteilt, und zwar ab 1. April: Brinkum 10 Pf., Gummerzbach 10 Pf., Montabaur 5 Pf., Zerbst 10 Pf.

Die Kandidaten für die Delegiertenwahlen zum Verbandstag und Gewerkschaftskongress sind bis 15. März bei uns anzumelden. Von jedem Kandidaten muß Name, Vorname, Gewerbe und Adresse angegeben werden.

Für die Wahl der Delegierten zum Verbandstag und Gewerkschaftskongress sind die Bestimmungen des Wahlreglements maßgebend, welches den Lokalverwaltungen in dem Zirkular vom 20. Februar d. J. zugestellt worden ist. Das Reglement hat nachfolgenden Inhalt:

1. Für die Wahl zum Verbandstag bildet jede Wahlabteilung, für die Wahl zum Gewerkschaftskongress jeder Gau einen für sich abgeschlossenen Wahlbezirk. Die Zahlstelle Berlin wählt einen Delegierten zum Gewerkschaftskongress für sich und scheidet deshalb bei der Wahl im Gau Berlin aus.

2. Die Wahl erfolgt durch die Mitglieder in den Zahlstellen durch geheime Abstimmung mittels Stimmzettel und kann nur in Person ausgeübt werden.

3. Bei der Wahl sind die Stimmzettel für die Wahl der Verbandstagsdelegierten und der Kongressdelegierten getrennt zu halten und je in einen besonderen Behälter (Wahlurne) zu legen, welcher die Aufschrift „Verbandstag“ beziehungsweise „Kongress“, je nachdem der Behälter die Stimmen für die eine oder die andere Wahl aufzunehmen bestimmt ist, haben soll.

4. Der Wahltag ist in allen Zahlstellen der Sonntag, 12. April 1908 (Palmsonntag). Wahlen, die an einem anderen Tage stattfinden, sind ungültig. Die Wahlhandlung wird vormittags 10 Uhr eröffnet und nachmittags 2 Uhr geschlossen. Außerhalb dieser Wahlzeit dürfen keine Stimmzettel entgegengenommen werden.

5. Das Wahllokal ist von der Lokalverwaltung jeder Zahlstelle zu bestimmen und den Zahlstellenmitgliedern bekannt zu machen. In großen Zahlstellen können zwei oder mehr Wahllokale bestimmt werden. Außerhalb des Wahllokals dürfen keine Stimmzettel entgegengenommen werden.

6. Zur Leitung der Wahl sind fünf Mitglieder der Lokalverwaltung als Wahlvorstand zu bestimmen, von welchen mindestens drei während der ganzen Dauer der Wahlzeit ununterbrochen am Wahlort anwesend sein müssen. In großen Zahlstellen mit mehreren Wahllokalen hat die Lokalverwaltung die erforderlichen Wahlvorstände möglichst aus den Mitgliedern der Verwaltung zu ernennen, mindestens ist als Vorsitzender eines solchen Wahlvorstandes ein Mitglied der Verwaltung zu bestimmen.

7. In dem Wahllokal sind die Namen sämtlicher Kandidaten der Abteilung, respektive des Gaues, unter ausdrücklicher Angabe, ob dieselben für den Verbandstag oder für den Gewerkschaftskongress aufgestellt sind, auf einer Tafel oder einem Plakat den Wählern bekannt zu machen.

8. Beim Eintritt in das Wahllokal sind jedem Wähler zwei weiße, nur mit dem Stempel der Zahlstelle und einer mit der Aufschrift „Verbandstag“, der andere mit der Aufschrift „Kongress“ versehene Stimmzettel zu übergeben. Der Wähler hat dann jeden Zettel mit dem Namen eines für die betreffende Wahl aufgestellten Kandidaten handschriftlich zu versehen.

9. Jeder Stimmzettel für die Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftskongress darf nur einen Namen enthalten. Stimmzettel für die Kongresswahl, die mehr als einen Namen enthalten, sind ungültig. Für die Verbandstagswahl sind die mehr als einen Namen enthaltenden Stimmzettel in den Wahlabteilungen ungültig, welche nur einen Delegierten zu wählen haben. In allen Abteilungen, in denen mehr als ein Delegierter zu wählen ist, soll der Stimmzettel so viel Namen enthalten, als Delegierte zu wählen sind. Stimmzettel, die mehr Namen enthalten, sind ungültig.

10. Jedes Mitglied der Zahlstelle, welches am Tage der Wahl nicht mehr als sieben Wochenbeiträge restiert, ist wahlberechtigt. Wer acht oder mehr Beiträge restiert, ohne daß ihm Stundung gewährt wurde, ist weder wahlberechtigt noch wählbar. Durch Befreiung von den Beiträgen infolge Krankheit oder Arbeitslosigkeit wird das Wahlrecht und die Wählbarkeit nicht beeinträchtigt.

11. Jeder Wähler hat bei der Stimmabgabe sein Mitgliedsbuch vorzulegen. Nach Prüfung der Wahlberechtigung durch den Wahlvorstand und Entgegennahme des Stimmzettels ist in das Mitgliedsbuch des Wählers einzutragen, daß er an der Wahl teilgenommen hat. Der Eintritt geschieht auf der inneren Seite des vorderen Umschlagdeckels durch Eindringen des Stempels und Befügung des Datums der Wahl.

12. Jedes Mitglied kann bei einer Wahl seine Stimme nur einmal abgeben. Zur Kontrolle hierüber dient der vorerwähnte Eintritt in das Mitgliedsbuch.

13. Um 2 Uhr nachmittags ist das Wahllokal zu schließen, worauf nur noch die im Lokal anwesenden Wähler ihre Stimme abgeben dürfen. Hierauf hat der Wahlvorstand sofort die Stimmzettel zu zählen und das Wahlergebnis festzustellen. Letzteres ist in das vom Verbandsvorstand übersandte Wahlprotokoll einzutragen und mit den Unterschriften des Wahlvorstandes und dem Zahlstellenstempel versehen unverweilt an den Verbandsvorstand einzusenden.

14. Der Verbandsvorstand stellt die aus den Zahlstellen einlaufenden Wahlergebnisse am 15. April zusammen, später

eingehende Wahlprotokolle müssen also unberücksichtigt bleiben. Zur Gültigkeit der Wahl ist absolute Stimmenmehrheit erforderlich. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Die Auslosung erfolgt durch den Verbandsvorstand.

15. Wird in einer Wahlabteilung oder in einem Gau eine Stichwahl erforderlich, so erhalten die betreffenden Zahlstellen vom Verbandsvorstand entsprechende Nachricht. Die Stichwahl erfolgt zwischen denjenigen beiden Kandidaten, welche die größte Stimmenzahl auf sich vereinigen. Die Lokalverwaltungen haben das Stattfinden einer Stichwahl und das Wahllokal für dieselbe den Mitgliedern der Zahlstelle bekannt zu machen.

16. Die Stichwahl hat in allen Zahlstellen am Sonntag, 3. Mai 1908 in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags stattzufinden. Für die Wahlhandlung bei der Stichwahl gelten alle Vorschriften, welche in diesem Wahlreglement für die Hauptwahl aufgestellt sind. Insbesondere ist den Wählern die Teilnahme an der Stichwahl gleichfalls in das Mitgliedsbuch einzutragen.

17. Die Resultate der Stichwahlen werden vom Verbandsvorstand am 6. Mai zusammengefaßt, es müssen somit auch hier später eintreffende Wahlprotokolle unberücksichtigt bleiben.

18. Die gewählten Delegierten erhalten das Mandat vom Verbandsvorstand ausgestellt. Im Falle der Verhinderung eines gewählten Delegierten tritt der mit der höchsten Stimmenzahl in der Minderheit gebliebene Kandidat als Ersatzmann an seine Stelle.

Alle Anträge zum Verbandstag bitten wir je für sich auf einem besonderen Blatt einzureichen. Als Endtermin für die Einsendung ist der 28. März festgesetzt. Wir ersuchen, diesen Termin einzuhalten, damit die Anträge rechtzeitig von uns veröffentlicht und alsdann von allen Zahlstellen beraten werden können.

In den nächsten Tagen erscheint eine von der Zentralkommission der Bürsten- und Pinselmacher herausgegebene Broschüre: „Die Milzbrandgefahr in der Bürsten- und Pinselindustrie“. Dieselbe ist eine Agitationsbroschüre und als solche zur unentgeltlichen Verbreitung unter den Kollegen und Kolleginnen dieser Branche bestimmt. Wir ersuchen die Zahlstellenverwaltungen, Bestellungen baldigst an uns gelangen zu lassen.

- Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:
- 29281 Andr. Richter, Tischler, geb. 29. 9. 74 zu Kleinmütz.
 - 74899 G. Kallenberger, Tischler, geb. 2. 7. 48 zu Geislingen.
 - 104278 Hans Bringmann, Tischler, geb. 5. 10. 81 zu Berlin.
 - 174128 Otto Piper, Tischler, geb. 27. 4. 87 zu Altona.
 - 225928 Emil Gsch, Polierer, geb. 17. 1. 87 zu Berlin.
 - 306878 Heinrich Stöber, Tischler, geb. 1. 10. 80 zu Seeste.
 - 375542 Paul Neubauer, Tischler, geb. 27. 6. 88 zu Halle.
 - 376754 Franz Löwe, Klavierm., geb. 21. 1. 88 zu Eisenberg.
 - 397471 Paul Wrzeski, Tischler, geb. 19. 10. 82 zu Ostrog.
 - 425768 Paul Bohn, Drechsler, geb. 19. 6. 70 zu Berlin.

Stuttgart, Adlerstraße 48. Der Verbandsvorstand.

Der Gantag des Gaues Dresden

fand am 28. und 29. Februar in Dresden unter Beteiligung von 84 Delegierten statt, die 52 Zahlstellen mit insgesamt 11 458 Mitgliedern vertraten. Vom Hauptvorstand war Kollege Schneegaß, von der österreichischen Bruderorganisation Kollege Runz-Explitz anwesend.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt Kollege Gerlitze das Wort, um unserer Toten, insbesondere des Kollegen Klotz, Bohne und Karl Müller-Dresden, zu gedenken, unter Hervorhebung dessen, was sie für den Verband getan. Die Veranstaltung erntet die Beifallsgeschreie von den Sigen.

Der Bericht des Gauvorstandes gibt Kollege Gerlitze; ihm sei folgendes Wesentliche entnommen: Die im Verband geleistete Arbeit sei gewaltig, die im Gau erfreulich bezüglich der Lohnbewegungen; weniger erfreulich die Mitgliederbewegung. Die Zunahme sei nur 328 bei 7714 Aufnahmen, eine beträchtliche Fluktuation! Sie wird besonders durch die ungeheuren Anstrengungen der Unternehmer gestiftet durch uns aufgedrungene Kämpfe und Förderung der „Gelben“ und anderer nützlicher Elemente. An der geeigneten Agitation mangelte es an einzelnen Orten. Lohnbewegungen und ernste Differenzen brachte die Berichtszeit 182 mit 9820 beteiligten Berufsgenossen, verbunden mit Arbeitszeitverkürzung für 7182 und Lohnerhöhung für 6670 Kollegen. Mit Unternehmern wurde 1906 61mal, 1907 40mal verhandelt. Eine Lohnbewegung bringe fast immer Zunahme an Mitgliedern. Ein Teil der Kollegen gehe wieder verloren, wenn sie den Erfolg in der Tasche haben; es mangle ihnen die Erziehung, das richtige Verständnis für die Organisation; hier nachzuhelfen sollten alle Kollegen sich ernstlich bestreuen. Der Kampf im Stuhlgebiet Geringswalde ging trotz ungeheurer Aufwendungen verloren; das letzte Mittel, der Entzug der Arbeitskräfte, aber nötigte die Unternehmer später zu Zugeständnissen. Dresden habe 8 1/2 Prozent Lohnerhöhung hauptsächlich aus eigener Kraft durch fortgesetztes Drängen der Kollegen erreicht. Um die Agitation zu erleichtern und zu vertiefen, habe der Gauvorstand verschiedene Maßnahmen getroffen oder vorbereitet; wirken alle zunächst in Frage kommenden mit, so werde es vorwärtsgehen und die Zukunft Verstärkung der Organisation bringen, während ihr die Vergangenheit hauptsächlich innere Festigung brachte. (Beifall.)

Kollege Ganke gibt den Kassenbericht, der erfreulich lautet: Für Agitation wurden 4892 Mk., für Lohnbewegungen 5390 Mk. ausgemeldet. Die vorhandenen Kassenbestände betragen nahezu 82 000 Mk. Die Diskussion gestaltete sich sehr reger; in ihr kamen Wünsche, Anregungen und Forderungen mannigfacher Art zum Ausdruck — auch Beschwerden gegen Haupt- und Gauvorstand. Anerkannt wurde, daß die „Großen“ und „Kleinen“ mit gleichem Maße gemessen

würden; verlangt wurde besonders Ausgestaltung der Agitation, Aufklärung der Jugendlichen, Anstellung von Beamten für einige Bezirke; getadelt wurde die Verjagung der Genehmigung für einige Lohnbewegungen. Soweit Haupt- oder Gauvorstand angegriffen wurden, nahmen die Kollegen Schneegaß und Gerlitze Stellung zu den Beschwerden. Hierauf wurde der Gauvorstand entlastet. Sodann hielt zu Punkt 2 Kollege Schneegaß ein interessantes Referat über „Lohnbewegungen und Tarifverträge“. Durch Beifall erklärte der Gantag Zustimmung, auf Diskussion wurde verzichtet.

Zu Punkt 3, Anträge, lag eine große Anzahl Anträge vor; davon wünschte ein erheblicher Teil Ausgestaltung der Unterstützungsanstaltungen. Sie wurden fast sämtlich abgelehnt; bezüglich der anderen sei das Wichtigste hervorgehoben. Annahme fanden Antrag Dresden: Beitrags-erhebung jedes Viertelsjahr einen fünften Beitrag in dem ersten Monat — einen 55. Beitrag alle 6 Jahre. — Behandlung der Alkoholfrage durch Stellung geeigneter Referenten. — Wegfall der Wartzeit bei Arbeitslofenunterstützung, der eine siebentägige Krankheit vorausging. — Dem Gauvorstand und Hauptvorstand zur Beratung (Beratung) wurden überwiesene Anträge auf Anstellung einiger Lokalbeamten — für bestimmte Gebiete — dem Gauvorstand: Unterstützung der Zahlstellen für Schaffung guter Bibliotheken, Schaffung von Zahlstellenverbänden für einheitlichen Lokalbeitrag und lokale Unterstützungen. — Aus der Mitte des Gantags wurde größte Vorsicht bei Unterstützungsanzahlungen empfohlen.

Kollege Gerlitze faßt das Ergebnis der Arbeit als befriedigend zusammen; die Einigkeit sei trotz mancher Beschwerden und unerfüllten Wünsche und Hoffnungen eine vollständige, sie verbürge den Fortschritt und weitere Siege. Mit freudig aufgenommenem Hoch auf den Verband erreichte der Gantag Montagabend 1/27 Uhr sein Ende.

Konferenz des Berliner Gaues.

Zu der am 28. und 29. Februar in Berlin abgehaltenen Gaukonferenz waren aus 89 Zahlstellen 188 Delegierte erschienen. Nicht vertreten waren die Zahlstellen Gladow a. S., Großen a. D., Fiehne, Kallberge, Königsberg i. d. N. und Samter in Posen. Vom Hauptvorstand war Kollege Leipart und vom Gauvorstand sämtliche 5 Mitglieder anwesend. Vor Eintritt in die Verhandlungen gedachte zunächst der Kollege Stusche in bewegten Worten unseres verstorbenen Kollegen Klotz, der sich besonders um den Gau und die Zahlstelle Berlin sehr verdient gemacht habe.

Den Bericht über die Tätigkeit des Gauvorstandes erstattete der Gauvorsteher Franz Stusche. Die verfloßenen zwei Jahre waren für den Gauvorstand überaus reich an Arbeit. Die Notwendigkeit einer durchgreifenden Agitation und die große Ausdehnung im Vorjahr bedurfte der Anspannung aller zur Verfügung stehenden Kräfte. Mit Hilfe des Gauvorstandes wurden 552 Versammlungen, 85 Werkstattkürzungen und 118 sonstige Sitzungen veranstaltet. Das sind 205 Zusammenkünfte mehr als in der vorhergehenden Berichtszeit. Große Schwierigkeiten bereiteten die vielen kleinen Zahlstellen, mit denen unser Gau vor allem reichlich gesegnet ist. 81 mal wurde in weiteren Orten der Versuch zur Errichtung neuer Zahlstellen gemacht, und konnten auch 12 neue Zahlstellen gegründet werden; 2 davon sind jedoch wieder eingegangen. Schneidemühl ging im 3. Quartal 1906 ein, konnte aber ein Jahr später wieder neu ins Leben gerufen werden. Achtmal ist dieser Ort, der bei nur 2200 Einwohnern über 100 Holzarbeiter zählt, besucht worden. Schmerzlich ist der Verlust von Berlinchen; von 250 Holzarbeitern hatten wir hier bereits 144 gewonnen, die uns durch Unternehmervillwür bis auf einen verloren gegangen sind, und dieser ist vor einigen Monaten auch noch verstorben.

Die Mitgliederzunahme war in der Berichtsperiode nur gering. Sie belief sich auf 2384. Unter Berücksichtigung des Übertritts der Berliner Maschinenarbeiter und des Bergarbeiterverbandes mit 2300 Mitgliedern sind wir mit unserer Mitgliederzahl in Berlin nicht konstant geblieben. Von den 2230 Mitgliedern sind 1010 Mitglieder Holzarbeiter, die in den 85 Zahlstellen des vierten Gaues gezählt wurden, waren am Schlusse des Jahres 1907 32 587 männliche und 370 weibliche Mitglieder zu verzeichnen. Dazu kommen noch 881 Einzelmitglieder, die sich auf 121 Orte verteilen und an die nächstgelegene Zahlstelle ihre Beiträge entrichten. Den höchsten Mitgliederbestand hatten wir Ende 1906 (das uns über 6000 neue Mitglieder brachte) mit 37 219 Kollegen, dem somit ein Rückgang von 4262 im folgenden Jahre gegenübersteht, was seine Ursache teils in der Beitragserhöhung während des großen Kampfes, teils in der Abreise von 2000 Berliner Kollegen findet. Unter Berücksichtigung der in anderen Organisationen vereinigten Kollegen stehen uns somit noch 20 838 Indifferente gegenüber. Von den einzelnen Branchen wurde die Zahl der organisierten Kollegen wie folgt festgestellt: Tischler 18 525, Maschinenarbeiter 2672, Polierer 2641, Klavierarbeiter 2227, Drechsler 1167, Stellmacher 1142, Sinfiker und Anschläger 994, Bergarbeiter 909, Modelltischler 485, Korbmacher 507, Stodarbeiter 481, Partettischler 259, Pantinnmacher 152, Rammacher 183, Knopfmacher 120, Bürstenmacher 97 und „Diverse“ 446. Hier von sind die Drechsler mit 80 Prozent am günstigsten und die Bürsten- und Korbmacher mit 11 bezw. 19 Prozent im Verhältnis zu den Beschäftigten am schlechtesten organisiert. Von den Gegnern zählen die Gewerksvereiner 1300 und die Christlichen in nur zwei Zahlstellen 200 Anhänger.

In hervorragendem Maße widmete sich der Gauvorstand der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, die noch immer in vielen Zahlstellen sehr im argen liegen. 444 mal mußte bei Lohnbewegungen und Differenzen eingegriffen werden. In Berlinchen wurde zweimal ein erbitterter Kampf um die Organisation geführt. Der letzte dauerte 11 Wochen und führte zu einem Mißerfolg. Bei Mantz & Gerstenberger in Frankfurt a. O., die mit circa 1000 Beschäftigten die größte Möbelfabrik Deutschlands ist, wurde durch Verrat des Hirsch-Dunderfischen Gewerksvereins und der hohen technischen Entwicklung der Produktionsmethode, die die Einstellung von Hunderten vollständig ungelenteten Arbeitern ermöglicht, uns gleichfalls eine empfindliche Niederlage bereitet. Große Arbeit verursachte der bedeutungsvolle Lohnkampf, der im vorigen Jahre in Groß-

Berlin geführt wurde, an dem 10797 Kollegen beteiligt waren. Die hierdurch erforderlichen Ausgaben stellten große Anforderungen an den Opfermut der Kollegen. An Extrabeiträgen gingen 600 546,92 Mk. ein, darunter aus Berlin 481 371 Mk. Auf jedes Mitglied des Gau'es kamen 18,20 Mk. an Extrabeiträgen ein. Die Berliner Kollegen zahlten im Gesamtdurchschnitt 19,40 Mk. und unter Abrechnung der Ausgesperrten gar 32,48 Mk. Außer diesem großen Kampfe wurden noch zahlreiche kleinere Differenzen geführt, und zwar in den meisten Fällen von Erfolg begleitet. Bedauerlich ist es, daß angefechteter der immer notwendigeren geschlossenen Einheit noch immer etliche Zahlstellen ohne Genehmigung des Vorstandes in Lohnbewegungen eintreten, so in Klosterfelde, Rathenow und Weßmüß. Zurzeit wird in den meisten Zahlstellen nicht über 57 Stunden pro Woche gearbeitet. Es gilt, in allen Orten, wo wir mit dem Schutzverband in Verhandlungen stehen, auf die 54stündige Arbeitszeit hinzuwirken. Ein besonderes Augenmerk ist auf die Finanzen zu richten. Viel zu wenig wird noch immer auf die große Verantwortlichkeit der Kassierer geachtet. Der Gauvorstand hatte allein 102 Kassenrevisionen zu vollziehen. Von jeder Unregelmäßigkeit sollte man den Gau- respektive Hauptvorstand sofort in Kenntnis setzen. Auch auf das Gebiet des Versammlungswesens ist mehr als je großes Gewicht zu legen. An Agitationsmaterial ist nunmehr kein Mangel vorhanden. Indem der Kollege Stusche eine Reihe von Material erwähnt, schließt er mit einem warmen Appell zu neuer Arbeit und neuen Erfolgen.

In der Diskussion wurden dem Gauvorsteher eine Reihe von Wünschen, Vorschlägen und auch Beschwerden über Mangel an Vertragstreue seitens der Unternehmer unterbreitet. Doch trat in allen Ausführungen eine freudige Stimmung und der Glaube an den baldigen endgültigen Sieg unserer Sache zutage.

Zum zweiten Punkte der Tagesordnung: „Unsere Lohnbewegungen und die Entwicklung der Tarifverträge“ referierte in eingehender und vortrefflicher Weise der Kollege Th. Leipart-Stuttgart. Von den Diskussionen wurde zumest in Übereinstimmung mit dem Referenten die Meinung vertreten, daß an die Einführung eines Reichseinheitsstarifs vorläufig noch nicht zu denken sei, da durch Ausbau der lokalen Tarife Stärkung der Organisation und Veranlassung der Unternehmer zur durchgreifenderen Vertragstreue hierzu die geeignete Basis geschaffen werden müsse.

Hierauf wurde in die Beratung der 53 gestellten Anträge eingetreten, von denen sich die meisten auf den Verbandstag bezogen. Angenommen wurden folgende an den Verbandstag zu stellende Anträge: 1. Daß auf dem Verbandstag ein Referat und ein Konreferat über die Tarifpolitik des Verbandes gehalten wird. 2. Mehrere die Lokalunterstützung regelnde Anträge. 3. wird mit allen gegen eine Berliner Stimme beantragt, den Sitz des Vorstandes nach Berlin zu verlegen. 4. Im § 29 letzten Absatz letzte Zeile ist zu setzen statt 4 Wochen 6 Wochen. 5. Die volle Streikunterstützung ist erst nach einer 52wöchigen Karenzzeit zu zahlen. 6. Verheiratete erhalten für jedes Kind eine Mark Streikzuschuß. 7. Im § 46 zweite Zeile ist statt sofort innerhalb 3 Tage zu setzen. 8. Für den Besuch der Gewerkschaftsschule sind mehr wie bisher die sich meldenden Kollegen der Ostprovinz zu berücksichtigen. 9. Kollegen, die dem Verein jugendlicher Arbeiter angehören, werden die dort gezahlten Beiträge angerechnet.

Im Anschluß hieran hält der Gauvorsteher Kollege Gyner-Berlin einen Vortrag über: „Unsere Agitation nach den Erfahrungen der letzten Zeit“. Redner schildert eingehend das Verhältnis der Organisierten zur Zahl der Beschäftigten. 36 Prozent der im Verufe Tätigen stehen unseren Bestrebungen noch indifferent gegenüber. Im letzten Jahre war die agitatorische Tätigkeit im Gau vornehmlich durch drei Faktoren beeinflusst: 1. Der Ausfall der Reichstagswahlen, 2. der wirtschaftliche Rückgang und 3. der letztjährige gewaltige Kampf in Berlin. Der letzte Faktor hat auch bedeutend zum Mitgliederverlust beigetragen, während die beiden ersten die Werbung neuer Mitglieder wesentlich hinderten. Ein großer Teil der Zeit unserer zur Agitation zur Verfügung stehenden Kräfte galt der Aufklärung unserer Kollegen über die Notwendigkeit des Opfermutes zwecks Aufbringungen der Kampfsmittel. Bedauerlicherweise haben sich selbst einige Zahlstellenleiter von den eigentümlichsten Auffassungen leiten lassen, was naturgemäß die künftige Werbestraft unserer Organisation stark beeinträchtigen muß, wenn nicht nunmehr durch erhöhte Eifer an allen Orten die durch bessere Einsicht genährte Arbeitsfreudigkeit endlich zum Durchbruch gelangt. Besondere Schwierigkeiten bereiten uns die immer mehr im Entstehen begriffenen Großbetriebe, die durch eine äußerst hoch entwickelte Technik in der Produktionsmethode in zunehmendem Umfang die gelehrten Arbeiter im Gewerbe ausschalten und die indifferenten, der Organisation schwer zugänglichen ungelerten Arbeitskräfte an deren Stelle setzen. Der beträchtliche Umfang der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit ist zum größten Teil auf diesen Umstand zurückzuführen. Es zeigt sich hierbei, ein wie großer Fehler bisher in der deutschen Arbeiterbewegung gemacht worden ist, indem fast gar nicht für die Aufklärung der ländlichen Arbeiter Sorge getragen wurde. Redner bespricht alsdann das nähere die Art der bisherigen Agitation und kommt zu dem Schlusse, daß es vor allem in Berlin an der notwendigen Einheit in der Agitationsweise gefehlt habe. Hier, wie auch teilweise in der Provinz, sei noch vieles verbesserungsbedürftig, und er richte deshalb an die Delegierten die dringende Mahnung, sich des Ernstes der jetzigen Situation bewußt zu sein, dann werden wir einen um so größeren Nutzen durch die Organisation erzielen. In der nachfolgenden Diskussion wurden zunächst lokale Vorfälle besprochen und allseitig die Notwendigkeit einer durchgreifenden Agitation hervorgehoben und an die Mithilfe aller Verbandsmitglieder appelliert.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Vorsitzende, Kollege Maß, richtet nochmals an die Delegierten einen ernstlichen Appell, unermüdet weiterzuarbeiten zum Wohl und Nutzen aller Holzarbeiter, und ließ seine Worte unter begeisteter Zustimmung aller Anwesenden in einem dreifachen Hoch auf den Holzarbeiterverband ausklingen.

Kollegen, abonniert das „Fachblatt für Holzarbeiter“.

Korrespondenzen.

Anklam. Das Interesse der hiesigen Kollegen für die Organisation läßt viel zu wünschen übrig. Von über 150 Holzarbeitern, die hier beschäftigt sind, sind nur 39 organisiert. Dieses Verhältnis ist um so schlimmer, als sich die Arbeitgeber auch hier organisiert haben, so daß wir künftig ebenfalls dem Arbeitgeberchutzverband gegenüberstehen werden. Wie stehen denn die Verhältnisse hier? Die Mietz- und Lebensmittelpreise sind durchaus nicht niedrig. Da muß sich doch jeder fragen, wie es möglich ist, daß die Kollegen dem so gleichgültig gegenüberstehen. Kollegen Anklam, werft alle Uneinigkeit und persönlichen Streit über Bord, kommt zu unserer Fahne, und ihr werdet sehen, daß es auch hier möglich ist, bessere Verhältnisse zu schaffen. In der nächsten Zeit wird hier eine öffentliche Holzarbeiterversammlung stattfinden, wir erwarten bestimmt, daß alle Holzarbeiter in dieser Versammlung erscheinen, keiner sollte fehlen. Kollegen, rafft euch auf, reißt euch den Winter schlaf aus den Augen. Mit neuer Kraft und frischem Mut an die Arbeit; alsdann wird sich unsere Organisation stärken und sicher wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Sainthagen. Unsere letzte regelmäßige Mitgliederversammlung war wieder recht mäßig besucht, und es hat fast den Anschein, als sollte auch bei uns das Versammlungsschwänzen einreißen. Kollegen, das darf nicht sein. Ihr wißt, daß sich gleich nach Beendigung unserer Lohnbewegung eine Vereinigung der Fabrikanten von gedrehten und geschnitzten Möbelbestandteilen gebildet hat. Das muß uns eine Mahnung zur Einigkeit sein. Wir müssen uns alle Mühe geben, die uns noch fernstehenden für den Verband zu gewinnen. Deshalb, Kollegen, agitiert unablässig und besucht regelmäßig unsere Mitgliederversammlungen. Dieselben finden regelmäßig jeden vierten Sonnabend im „Deutschen Kaiser“ statt. In der nächsten Versammlung am 28. März darf kein Kollege fehlen.

Hamburg. Die Modelltischler fühlen sich auch einmal veranlaßt, die Spalten der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu benutzen, um die Kollegen allerorts auf die hiesigen Verhältnisse aufmerksam zu machen. Daß die Kollegen im Binnenlande immer noch meinen, in Hamburg goldene Berge zu finden, beweist der rege Zuzug, unter dem wir von jeher zu leiden haben, und der uns den Kampf an Orte sehr erschwert. Das Mustermaßregelungsbureau am Kraienkaamp, genannt „Arbeitsnachweis der Eisenindustriellen für Hamburg und Umgegend“, macht sich diesen Umstand insofern zunutze, indem es etwa vorhandene Arbeitsgelegenheit zumest erst an Zugewandte nachweist und so das Arbeitslosenheer am Orte noch vermehrt. Die Folgen der gegenwärtigen Krise haben auch wir in verschiedener Form zu fühlen. Einmal wird versucht, die Löhne möglichst zu drücken und gleichzeitig die für die Arbeiterbewegung tätigen Kollegen mit der Begründung zu entlassen, es herrsche Arbeitsmangel, obwohl in kürzerer Zeit Neueinstellungen erfolgen, allerdings zu bedeutend schlechteren Löhnen. So folgte bei der Firma Ment & Hambrodt ein Kollege kurz vor der Arbeiterauswahl hinaus, wie wir annehmen nur darum, weil seine Wiederwahl mit ziemlicher Sicherheit erfolgt wäre. Auch versucht man bei obiger Firma die Abmachungen des Arbeitgeberverbandes mit den Arbeitnehmern insofern zu umgehen, indem man die Leute mit 40 Pf. Stundenlohn einstellt, obgleich laut Zugeständnis der Arbeitgeber ab 1. Oktober 1907 mindestens 46 Pf. pro Stunde zu zahlen sind. Auch arbeiten verschiedene Betriebe mit verkürzter Arbeitszeit. Auf der Reiherrstieg-Schiffswerft wurde auch versucht, die Akkordlöhne bedeutend zu kürzen, was aber von unseren dortigen Kollegen inhibiert wurde. Der große Musterbetrieb von Blohm & Wop gibt den Kollegen sehr viel Anlaß, mit ihrer Lage unzufrieden zu sein. Wir haben dort 60 bis 70 Kollegen, welche bis auf zwei bei uns organisiert sind. Es ist jetzt fester Akkord dort eingeführt, und im Festsetzen der Preise tun sich die beiden Meister als sehr lästige Verhalkulanten hervor. Hier einige Proben. Ein Kollege erhält einen Akkordzettel über 50 Mk. Die Arbeit kostet aber nur 10 Pf. Auf dem anderen Stück Arbeit mit 20 Pf. Lohn und 40 Pf. Lohn. Sehen diese Herren Meister das Resultat ihrer Kunst vor Augen, dann helfen sie sich — schlau wie sie nun einmal sind — damit aus der Klemme, daß sie für ein und dieselbe Arbeit mehrere Akkordzettel ausstellen. Auch diese Auswege sollen in Zukunft aufhören, und es wird dann nicht ausbleiben, daß unsere Kollegen mit dem auf den Werften üblichen Stundenlohn von 47 Pf. nach Hause gehen müssen. Als sich kürzlich eine Kommission zwecks Besprechung eines nach ihrer Überzeugung zu Unrecht erfolgten Lohnabzuges vertrauensvoll an Herrn Blohm wandte, zeigte er, wie es in Wirklichkeit mit seiner Arbeiterfreundlichkeit aussieht. Nicht nur, daß er die Kommission gar nicht erst anhörte, sondern er belegte sie noch mit Schmeichelnamen wie Schweinigel, die Modelltischler sind eine unerschämte Gesellschaft, sie sind ja ganz gemeine S—ren, trampelten mit den Füßen und schrie „raus, raus!“ Das ist der gute Ton, den solche Herren ihren Arbeitern gegenüber anzuschlagen pflegen. Es sind dies nur einige Proben, wir könnten mehr anführen, wollen es aber für heute genug sein lassen. Die Kollegen allerorts mögen daraus ersehen, in welches Eldorado sie gelangen, wenn sie ihre Schritte nach Hamburg lenken.

— (Ristenmacher.) Am 21. Februar fand hier unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, in welcher Genosse E. Schmahlfeld einen sehr interessanten Vortrag über „Klassische Literatur“ hielt. Die Versammlung beschäftigte sich alsdann mit der von uns in Nr. 50 der „Holzarbeiter-Zeitung“ vorigen Jahres angeregten Konferenz der Ristenmacher. Es wurde bedauert, daß von den 1591 organisierten Ristenmachern (laut Statistik des Hauptvorstandes im Jahre 1906) keiner dieser Frage nahegetreten ist. Die Versammlung war einstimmig der Ansicht, daß es endlich an der Zeit ist, daß die Ristenmacher mehr an die Öffentlichkeit treten, damit mehr aufgeräumt wird mit der Schmutzkonzurrenz in unserer Branche und dem Indifferentismus der Kollegen. Wir haben schon früher darauf hingewiesen, daß die Ristenmacher hier unter der Konkurrenz von außerhalb sehr zu leiden haben. Diese Konkurrenz macht sich jetzt doppelt fühlbar, da auch die allgemeine Krise in unserer Branche Maß gegriffen hat; es herrscht hier zurzeit eine Geschäftsflaute, wie sie seit Jahren nicht gewesen ist. Wir ersuchen deshalb die auswärtigen Kollegen, Hamburg zu

meiden, da wir hier viele arbeitslose Ristenmacher haben. Wir erwarten, daß unsere ernannte Unregung eine Diskussion veranlaßt, welche die Notwendigkeit einer Konferenz der Ristenmacher dartut. — Unsere Organisation hier am Orte läßt in einigen Betrieben viel zu wünschen übrig. Der Betrieb von Herrn Klenow, wo annähernd immer 50 bis 70 Mann beschäftigt sind, ist schlecht organisiert. Im vorigen Jahre wurden dort auf Verlangen einiger Unorganisierten Verbandsmitglieder gemahnt. Dem Eingreifen unseres Bevollmächtigten gelang es, eine Verkürzung der Arbeitszeit von 60 auf 56 1/2 Stunden und eine zehnprozentige Lohn-erhöhung sowie Bezahlung der Überstunden durchzusetzen, aber die Gemahnten wurden nicht wieder eingestellt und statt dessen sogar allmählich weitere Verbandsmitglieder entlassen. Der Übermut der Unorganisierten kannte nun keine Grenzen. Statt dem Verband für die erzielte Verbesserung der Arbeitsbedingungen dankbar zu sein, bemühen sie sich, die Verbandsmitglieder hinauszuwerfen und den Betrieb mit Unorganisierten zu besetzen. Die Zustände, die jetzt im Betrieb herrschen, machen es einem organisierten Kollegen unmöglich, längere Zeit dort zu arbeiten. Wird eine Verbandsversammlung abgehalten, so kommen ungefähr 20 Mann, aber auch diese wagen nicht, den Mund aufzutun, weil sie sicher damit rechnen können, entlassen zu werden. So wurde erst am 24. Februar der Schriftführer unserer Sektion aus wichtigen Gründen entlassen, weil er es gewagt hatte, in einer Mitgliederversammlung die Mißstände des Betriebes zu kritisieren. Auch sucht der Meister diese die organisierten Kollegen durch die Arbeitseinteilung zu schädigen, indem er ihnen schlecht bezahlte Arbeit gibt. Das Denunziantentum treibt dort seine schönsten Blüten; so war es der Ristenmacher Mathei (Inhaber eines Weßwarengeschäfts, Wendenstraße 330), welcher sich damit brühtete, dem Herrn W. Klenow alles erzählt zu haben, was am Abend vorher in einer Betriebsversammlung gesprochen wurde. Ähnliche Eigenschaften besitzt auch der Ristenmacher Fost, Inhaber einer Wirtschaft in der Wendenstraße, welche von seiner Frau geführt wird; er selbst arbeitet als Ristenmacher. Als guter Freund des Meisters kriegt er die beste Arbeit und hat auch noch die Kantine in der Fabrik. Obgleich nun in der Arbeitsordnung steht, Branntwein und Spirituosen dürfen in der Fabrik nicht eingeführt werden, werden doch ganze Fässer und Demijohn voll Branntwein in die Fabrik gebracht und dort konsumiert. Da sitzen dann einige von den Getreuen stundenlang während der Arbeitszeit, selbst der Meister setzt sich mit seinen guten Freunden hin beim Würfelspiel, um das edle Getränk zu genießen. Die Freunde kriegen ja die bestbezahlte Arbeit, so daß sie bei Wochenschluß mehr verdienen haben wie unsere Kollegen. Ob den Firmeneinhabern dieses bekannt ist, und ob es von ihnen gebilligt wird, entzieht sich unserer Kenntnis. Ähnliche Zustände herrschen übrigens auch in der Fabrik von Freigang. Aus alle diesem ist zu ersehen, daß auch für die Hamburger Ristenmacher noch ein gutes Teil Organisationsarbeit zu leisten ist.

Kempten. Heillose Angst scheinen die hiesigen Sägewerksbesitzer vor der Organisation zu haben, jedenfalls haben sie jetzt einsehen gelernt, daß der Schaden durch einen Streik größer ist, als sie ahnten, und neues Scharfmachen jedenfalls ihnen zu teuer erscheint. Nun versucht man es mit der ausgesuchtesten Liebesswürdigkeit. Zu Weihnachten gab es schon feierliche Bescherung, — einen blauen Schurz, ein paar Socken und dergleichen und kürzlich sogar einen Hausball mit Freibier, dabei jedesmal die obligate Ansprache mit der Versicherung des besten Wohlwollens und der Arbeiterfreundlichkeit. Die Dinge nehmen sich dann im Lokalblatt schön verzapft prächtig aus, und was die Hauptsache ist, sind billiger als dauernde Lohnaufbesserungen. Zum Zuckerbrot gehört bei richtigen Unternehmern aber auch die Peitsche, und diese wird kräftig geschwungen in Form von Arbeitslosigkeit bei den indifferenten Sägern. Dabei ist die Aussicht, Arbeit als Bantagelöhner zu bekommen, sehr gering. So melbete sich vor ein paar Wochen auf ein Inserat, in welchem etwa 30 bis 40 Erdarbeiter gesucht wurden, über 200 arbeitslose Männer, eine respectable Zahl für einen Ort wie Kempten, darunter auch viele Sägewerksarbeiter. Die Kemptener Säger mögen sich eines eingedenk sein: Halt in Zeiten der Krise genährt dem Arbeiter nur seine Gewerkschaft, nicht aber Indifferentismus. Wenn habt ihr die Verkürzung der Arbeitszeit zu danken, ebenso die Ausmerzungen der traffensten Mißstände in den Sägewerken? Doch einzig nur dem Verband. Wenn auch E. Niede kürzlich meinte, wer mehr Lohn gebrauche, der könne getrost zu ihm kommen. Kollegen, versucht es doch einmal; wir glauben nicht daran, daß euch freiwillig eine Aufbesserung zuteil werden wird, gibt es ja noch so viele indifferente Säger in Algäu, die gewohnt sind, zu den schlechtesten Löhnen zu arbeiten. Wenn die Säger in Algäu eine dauernde Besserung ihres Lohnverhältnisses herbeiführen wollen, so gerügt es nicht, zu gegebener Zeit, wenn einem sozusagen schon das Wasser in den Mund läuft, begeistert zu sein zum Streik und zu diesem zu drängen, sondern den richtigen, überzeugten Arbeits- und Gewerkschaftskollegen lernt man erst in der Krisenzeit richtig erkennen. Oder wollen die fahnenflüchtigen Ausreißer wieder zur Stelle sein, wenn es wieder notwendig ist? Kollegen, dann nimm auch der Unternehmer wieder nicht ernst und glaubt euren Drohungen nicht, denn wer sich mit ein paar Schürzen oder ein paar Maß Freibier taufen läßt, wird nie ein Kämpfer sein zur Erbringung einer besseren Zukunft für sich und seine Familie. Darum, ihr Säger in Kempten, öffnet rechtzeitig die Augen und organisiert euch.

Kirchseon. Über das Sägewerk von F. Desloges wurde die Sperre verhängt. In diesem Betrieb mehrten sich zusehends die Mißstände; anstatt an deren Beseitigung zu denken, sucht man die Organisierten zu entlassen und an deren Stelle Indifferente einzustellen. Wenn Einstellen wird jeder über seine Zugehörigkeit zur Organisation gefragt, gehört der Arbeiter einer solchen jedoch an, so kann er sicher sein, keine Arbeit zu erhalten. Dabei versichert der Unternehmer ständig, die Organisation anzuerkennen; wie reimt sich dieses mit seinem Verhalten zusammen? Kürzlich wurde versucht, einem Säger den Lohn um 50 Pf. pro Tag zu kürzen, anderen wiederum wurde Akkordarbeit angeboten zu einem Preis, bei dem es unmöglich war, einen Taglohn zu verdienen. Nachdem der Oberläger entlassen war, mußte der Maschinist dessen Arbeit übernehmen und die jugendlichen Arbeiter die Bedienung des Dampfkessels, wobei kürzlich durch Wasser-

überfüllung nur knapp größeres Unheil verhindert wurde. Trotzdem diese jungen Arbeiter zu den schwersten Arbeiten mit herangezogen werden, wie Tragen von Schwellen, Aufstapeln von Baumstämmen und dergleichen, bei der horrenden Entlohnung von 1 Mk. pro Tag, so gibt es noch obendrein von Zeit zu Zeit Schläge als Aneiferung. Entgegen den Anordnungen des Kgl. Oberbauinspektors läßt der Unternehmer die Bretter in der Mitte durchsägen, damit sich mit der Inspektion abzufinden, ist allerdings seine eigene Sache, die Arbeiter wehren sich nur mit Entschiedenheit dagegen, daß sie dann als der schuldige Teil hingestellt werden. Anscheinend fährt Desloges in seinem Bestreben fort, die tüchtigen Verbandskollegen zu entlassen und deren Plätze mit Indifferenten zu besetzen, wenn dabei Schwellen verschritten werden, so trägt den Schaden allerdings nicht der Arbeitgeber, sondern der Staat. Mit der angeblichen Anerkennung der Organisation sieht es also sehr windig aus, und mit dieser allein ist den Arbeitern schließlich auch nicht gedient, sondern dabei soll dem Arbeiter der Lohn bezahlt werden, der ihm gebührt. Solange in diesem Betrieb die Zustände nicht gebessert und die Entlassungen eingestellt werden, bleibt die Sperre aufrechterhalten. Ein Zeichen, daß sich die Säger heute auch nicht mehr alles und jedes gefallen lassen brauchen. Wären die Säger allerorts aufgewacht und würden sie ihre traurige Lage erkennen, dann würde auch die Behandlung derselben eine andere werden.

Mosbach. In der Versammlung vom 1. März erstattete Kollege Stump aus Heilbronn Bericht vom Stuttgarter Gantag. Das interessante Referat wurde beifällig aufgenommen. Es ließen sich zwei Kollegen als Mitglieder aufnehmen. Leider war die Versammlung nicht gut besucht, deshalb richten wir die Mahnung an die Kollegen von Mosbach und Umgegend, fleißiger als bisher die Versammlungen zu besuchen und rege im Verband mitzuarbeiten, auf daß es auch hier besser werde mit unseren Lohn- und Arbeitsverhältnissen. Also, Kollegen, wacht auf!

Waltershausen. Der siebente ordentliche Verbandstag ist einberufen, und an die Zahlstellen tritt jetzt die Aufgabe heran, geeignete Kandidaten aufzustellen. Obwohl das Recht, einen Kandidaten vorzuschlagen, einer jeden Zahlstelle zusteht, halten wir es doch am Platze, den Kollegen im Erfurter Gau (42. Wahlabteilung) zu empfehlen, das Aufstellen eines Kandidaten den drei größten Zahlstellen zu überlassen, damit nicht wieder der Fall eintritt, wie vor zwei Jahren, daß sechs und schließlich noch mehr Kandidaten auf der Bildfläche erscheinen. Dadurch wird bloß Stimmensplitterung herbeigeführt, welche sich vermeiden läßt.

St. Gallen. Die hiesigen Kollegen sind nach eingehender Besprechung zu dem Entschluß gekommen, einen eigenen Arbeitsnachweis für Leistenvergolder einzurichten. Derselbe befindet sich bei W. Kopp, Gartenbergstraße 15. Da hier nur eine Leistenfabrik besteht, wäre zu wünschen, daß die deutschen Kollegen sich ausschließlich an diesen Arbeitsnachweis wenden. Die Reiseunterstützung wird ausgezahlt im Restaurant Vereinshaus, Summlitzbrunn.

Unsere Lohnbewegung.

Warnung vor Zuzug!

Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

- Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern** nach Danzig: Langfuhr (Körner), Helmstedt (Saalfeld), Schwedt a. Oder, Biel, Bern, Luzern und Zürich in der Schweiz;
- Tischlern, Stuhlbauern, Drechslern und Maschinenarbeitern** nach Lauterberg a. Harz;
- Stellmachern** nach Dresden (Wagenfabrik Liebscher), Glin a. Rh. (Wagenfabrik Uermühle);
- Korbmachern** nach Kopenhagen;
- Pantinenmachern** nach Belgis (Mense), Wilsdorf (Falkenthal);
- Klaviermachern** nach Liegnitz (Schneider);
- Werftarbeitern** nach Lauenburg a. Elbe.

In Berlin drohen in der Ristenindustrie schwere Differenzen auszubrechen. Die Fabrikanten haben sich organisiert, und sie unterbreiteten den Arbeitern einen Lohnsatz, welcher Lohnreduktionen bis zu 25 Prozent vorsieht. Die Kollegen werden deshalb gebeten, Zuzug nach Berlin bis auf weiteres streng fernzuhalten.

In Reichenhausen a. M. sind in der Möbelfabrik Differenzen ausgebrochen. Eine Regelung auf friedlichem Wege erscheint ausgeschlossen, da der Unternehmer sich zu keiner Verhandlung herbeiläßt. Wir ersuchen darum, den Zuzug fernzuhalten und etwaige Arbeitsangebote zurückzuweisen.

In Nummersburg in Pommern sind sämtliche Verbandsmitglieder in der Bettfedernfabrik von Rindler ausgesperrt. Dem Unternehmer hat es nicht gefallen, als im vorigen Herbst hier eine Zahlstelle begründet wurde. Er versuchte schon im November den Bevollmächtigten zu maßregeln, doch wurde die damals bereits ausgesprochene Kündigung wieder zurückgenommen. Am 22. Februar wurde die Kündigung wiederholt, wobei dem Kollegen eröffnet wurde, daß er weiterarbeiten könne, wenn er den Verband fahren lasse. Selbstverständlich erfährt dieser Vorschlag die gebührende Zurückweisung, worauf sämtliche Verbandsmitglieder am 25. Februar die Kündigung erhielten. Daß dem Fabrikanten der Holzarbeiterverband ein Greuel ist, kann man begreifen, wenn man weiß, daß in dem Betrieb bei 11stündiger Arbeitszeit Löhne von 10 bis 19 Mk. wöchentlich gezahlt werden. Bei dieser Gelegenheit zeigte sich auch wieder der Wert der sogenannten Wohlfahrtsleistungen. Zwei Kollegen, die Wohnungen in einem Hause des Fabrikanten innehaben, erhielten auch diese gekündigt, und müssen sie binnen vier Wochen räumen. Jetzt sucht Herr Rindler in pommerschen Blättern 15 bis 20 Tischler und weist dabei auf die Wohnungen in seinem neuerbauten Hause hin. Diese Bemühungen dürften jedoch vergeblich sein. Wenn der Zuzug streng ferngehalten wird, wird sich auch Herr Rindler noch

dazu bequemen müssen, das Koalitionsrecht seiner Arbeiter anzuerkennen.

In Schwedt sind die Tischler seit 6 Wochen von ihren Meistern ausgesperrt. Die Kollegen wollen zwar unter den alten Arbeitsbedingungen arbeiten, jedoch den Herren Arbeitgebern paßt dies nicht; sie wollten den Gesellen eine Arbeitsordnung aufzwingen, die uns Verschlechterungen brachte. In der ersten Zeit schien es, als ob die Herren gar keine Gesellen gebrauchten; aber wo die Zeit jetzt etwas vorgerückt ist und Arbeiten in Angriff genommen werden müssen, der Geldbeutel schließlich auch leerer geworden, da gehen ja die Herren mit aller Energie ans Werk, Arbeitswillige zu erhalten; sie inserieren in verschiedenen Blättern, doch es ist ihnen trotz der aufgewendeten Mühe nur gelungen, zwei solcher Elemente zu erhalten. Wir richten an die Kollegen, besonders in den umliegenden Zahlstellen, die Bitte, streng Solidarität zu üben, damit den paar Unternehmern der Hochmut zum Ausfließen vertrieben wird.

In Stranberg hat der kürzlich gegründete Arbeitgeberverband für das Baugewerbe am 29. Februar die gesamten Holzarbeiter ausgesperrt; dem Vorsitzenden Dendl ist es dabei im Eifer sogar passiert, daß er am 4. März 18 Bauhilfsarbeiter mit aussperrte, deren Vertrag noch bis 30. April Gültigkeit hat. Der Arbeitgeberverband kündigte den Schreiner- und Sägetarif und legte gleichzeitig einen verschlechterten Tarif zur Anerkennung ab 1. März vor mit Gültigkeitsdauer bis 12. Februar 1910. Einmütig lehnten die Gehilfen die geplante Verschlechterung ab. Die eingeleiteten Verhandlungsversuche blieben ergebnislos. Der Arbeitgeberverband erklärte sich bereit, über den Schreiner-tarif in eine Besprechung einzutreten, wenn am Donnerstag den 5. März die Säger, Sägehilfs- sowie Bauhilfsarbeiter bedingungslos bei Dendl die Arbeit aufnehmen. Erstere lehnten diese Zumutung ab, dagegen erklärten sich die unter Tarifbruch ausgesperrten Bauhilfsarbeiter bereit, die Arbeit wieder aufzunehmen. Anstatt gemäß der Zuschrift den Vertragsbruch wieder gutzumachen, warf Herr Franz Dendl die Arbeiter zum zweitenmal auf das Pflaster. Gegen dieses Verfahren wurde nun Klage wegen Tarifbruch beim hiesigen Gewerbegericht erhoben. Das Vorgehen der hiesigen Arbeitgeber erscheint uns so ungerechtfertigt, als die Forderungen, welche die Gehilfen zur Grundlage bei den Verhandlungen unterbreiteten, längst in den hauptsächlichsten Orten des südbayerischen Gaues durchgeführt sind und seit Jahren bestehen. Daß die Kleinmeister hierbei dem Baumeister, Sägewerks-, Zimmerergeschäfts- und Schreinermeister Kommerzienrat F. Dendl, der sie bei jeder passenden Gelegenheit an die Wand drückt, Gefolgschaft leisten, ist bei der bekannten Kurzsichtigkeit unserer Schreinermeister nicht zu verwundern. In München begründete der Arbeitgeberverband die Tarifverschlechterungen mit der auswärtigen Konkurrenz, und einer von diesen gefährdeten Konkurrenten ist die hiesige Firma Dendl. Ob nun ersterer Verband dem Holzarbeiterverband bei dieser Aussperrung in den Arm fallen wird? Wenn ja, dann hat die Münchener Tarifbegründung jede Berechtigung verloren; bei den kommenden Verhandlungen dieses festzustellen, wird von großem Werte sein. Von der Aussperrung sind bis jetzt 77 Arbeiter betroffen, darunter 58 organisierte Holzarbeiter, 18 Bauhilfsarbeiter und 11 indifferente Säger und Schreiner. Aufgabe der Kollegschaft ist es nun, für tatkräftige Fernhaltung des Zuzugs von Schreimern, Maschinisten und Sägern nach Straubing zu sorgen.

Aus der Holzindustrie.

Eine Stilveränderung in Sicht?

Man ist ihnen weit — sehr weit sogar entgegengekommen, jenen Handwerkern, denen die moderne Stilart ein großes Stück Arbeitsfeld weggenommen und infolgedessen den Profit zum Teil erheblich beschränkt hat. Die gemodernte Mode will man herbeiwagen modernisieren, dieselbe in andere Bahnen lenken, so den Fabrikanten bieten, daß sich sein Geschick in der Architektur wieder mehr den Erzeugnissen der jetzt geschädigten Handwerke zuzuwenden hat! Anders kann der Versuch, den die Leipziger Gewerbeakademie angeregt hat und zur Durchführung dessen eine Gewerbekommission eigens gebildet worden ist, nicht bezeichnet werden.

Durch eine im März dieses Jahres in Leipzig geplante kunstgewerbliche Ausstellung von Entwürfen für Innendekoration, welche die Anwendung gewisser gewerblicher Zeichen, die jetzt durch die bestehende Geschmacksrichtung mehr oder weniger ausgeschaltet werden, wieder zulassen, will man jenen Handwerkern, unter anderen auch den Drechslern, wieder mehr Arbeitsgelegenheit verschaffen. Trotz des negativen Erfolges verschiedener derartiger Versuche haben sich die geschädigten Handwerker zuguterletzt an das sächsische Ministerium gewendet, das auch bei den einzelnen Gewerbeakademien Umfrage gehalten respektive von diesen Gutachten eingefordert hat, wie denselben wieder geholfen werden könne. Daher geht man wohl nicht fehl in der Annahme, daß das Vorgehen in Leipzig eine Folge dieser Umfrage ist.

Die sächsische Staatsregierung selbst hat verschiedentlich unter anderem auch die Verwendung von Drechslrarbeiten empfohlen und ist auch insofern mit gutem Beispiel vorgegangen, als sie bei vielen von ihr errichteten oder noch zu errichtenden Gebäuden in den Treppen wieder gedrehte Treppentrailen zur Verwendung bestimmt hat. Auch andere durch die moderne Stilart in den Hintergrund getretene Handwerke sind dementsprechend ausgezeichnet worden. Und so hofft man durch diese Ausstellung — die besten Entwürfe sollen bis mit 200 Mk. entschädigt werden —, daß auch das Interesse des großen Publikums sich wieder mehr den geschädigten Handwerkern zuwenden soll, um so mehr, als die namhaftesten Künstler und Führer in der heutigen kunstgewerblichen Bewegung ihre Beteiligung an dieser Ausstellung zugesagt haben.

Aber den Erfolg dieses Vorgehens kann man mit Recht gespannt sein, da hierdurch bedeutungsvolle Fragen ihrer Entscheidung zugeführt werden müssen. Vielfach ist auch heute noch die Meinung verbreitet, daß die Stilrichtung in der Architektur lediglich Modefache sei. Ist diese Meinung richtig und zieht man in Betracht, wie Moden entstehen und sich ganz plötzlich verändern können, so ist durch den Leipziger Versuch allerdings die beste Aussicht vorhanden, daß die Gunst des Publikums sich wieder mehr den jetzt ausgeschalteten Handwerkern zuwendet, sobald namhafte Künstler hierbei die Führerrolle übernehmen.

Eine andere Auffassung stellt aber die moderne Stilart, die ihr Entstehen der noch jungen kunstgewerblichen Bewegung verdankt, als eine Etappe in der weiteren Entwicklung der Kulturgeschichte aller Kulturstaaten Europas dar. Und ihr Entstehen, ihr mühsames Sichabfinden aus der Hochflut des industriellen Aufschwungs nach den siebziger Jahren, wie sie ihre Prinzipien unentwegt von dem Geschrei der geschädigten Handwerker verfolgte, schien dieser Auffassung recht zu geben.

Gewiß ist im Interesse der letzteren wie auch der Arbeiter dieser Gewerbe zu wünschen, daß der Leipziger Versuch sich nicht als ein „untauglicher an einem untauglichen Objekt“ erweist. Denn die Stilfrage hat auch eine gewisse sozialpolitische Bedeutung, die unter Umständen die einzelnen hierbei interessierten Gewerkschaften zwingen kann, gleich den Unternehmern oder auch vereint mit diesen zu untersuchen, wie Abhilfe geschaffen werden kann. Denn diese dürfen gegenüber derartiger Berufsfragen nicht teilnahmslos sein, schon deshalb nicht, weil durch die bestehende Stilrichtung eine große Arbeitslosigkeit ihrer Berufszugehörigen verursacht wurde, wie auch das Bestreben derselben nach besseren Existenzbedingungen hierdurch erklärlicher Weise stark beeinflusst werden mußte. Und dieses bedeutet nichts anderes als ein Hemmnis in der Weiterentwicklung der Gewerkschaftsbewegung, trotzdem diese auch an Kulturfragen — als eine solche muß die moderne kunstgewerbliche Bewegung aufgefaßt werden — stark interessiert sein müssen. Bei alledem müssen aber denn doch die Berufsfragen allen anderen vorgehen. Daher darf man über den Ausgang der Anregung der Leipziger Gewerbeakademie mit Recht gespannt sein.

Trifft der erwartete Erfolg ein, und verschafft die nun einmal in der Drechslerei liegende Kunstmöglichkeit diesem Gewerbe alsdann eine erhöhte Arbeitsfähigkeit, so fragt es sich allerdings immerhin noch, ob hierdurch demselben eine durchgreifende Hilfe gesichert wird. Das kann man sehr begründet bezweifeln. Gehört doch die Drechslerei mit zu jenen Gewerben, die ihren eigentlichen Entwicklungsgang erst lange nach der Zeit der sogenannten Glanzperiode genommen haben. Langsam zwar — aus Kapitalgründen — hat sich dieser im Drechslergewerbe vollzogen, steht aber heute auf der Höhe der Zeit. Eben begannen sich die Produktionsverhältnisse einigermaßen zu stabilisieren, da trat die Stilveränderung mit ihren bekannten Wirkungen ein. Diese sowohl wie nicht minder die unaufhaltsam vorwärts schreitende maschinell-technische Entwicklung schafften im Drechslergewerbe binnen kurzer Zeit völlig veränderte Verhältnisse. Eine große Konkurrenz hat heute das gesamte Gewerbe erfasst, die zu Preisen zwingt, die man, wie die Leipziger Drechslerei in einer ihrer letzten Nummern schreibt, vor 15 Jahren „geradezu für lächerlich gehalten haben würde“. Hiermit wird ja lediglich eine allbekannte Tatsache konstatiert, und logischerweise müßten auch die Unternehmer denn einmal energischer Front machen gegen die Auswüchse der Konkurrenz und nicht immer nur ihre eigenen Klagen über die Unruhm der gegenwärtigen Zeit anstimmen oder gar erheben, da die Verhältnisse sich ohne weiteres bessern würden, sobald dem Gewerbe wieder mehr Aufträge verschafft werden.

Die Drechslereiarbeiter wissen, woran sie sind. Das haben sie auf ihrer Konferenz bewiesen, wissend, daß nur mit ihrer Hilfe das gesamte Gewerbe der Gefundung zugeführt werden kann. Nicht heut oder morgen ist dies möglich, aber ihre intensive Aufklärungsarbeit wird dies vollbringen — sicherer als gewisse Palliativmittel der Unternehmer, zu welchen auch der Versuch der Leipziger Gewerbeakademie zu zählen ist.

P. K.

Eine schwarze Liste ist uns zugeflogen, wie sie von Scharfmachervereinigungen des häufigeren ausgegeben werden, um organisierte Arbeiter in ihrem Fortkommen zu behindern. Dieselbe ist ausgegeben von der „Norddeutschen Waggonbau-Vereinigung“ in Charlottenburg und betrifft 10 Kollegen, denen „als Heher“ von der Sächsischen Waggonfabrik Werbau gekündigt worden sei. Zwei Kollegen werden darin als „Hauptanführer“ bezeichnet, zwei Kollegen haben „schon mal gestreikt“, während die übrigen sechs wohl „Heher“ schlechthin sind. Ob die Waggonfabrikanten nun wirklich meinen, daß sie die Arbeiterbewegung mit solchen Mitteln ernstlich bekämpfen können?

Eine Vereinigung der Ristenfabrikanten hat sich in Berlin gebildet. Dieselbe ist mit 52 Mitgliedern dem Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe beigetreten. Die Waggonfabriken stehen nach der „Sächsischen Volkszeitung“ in Unterhandlung mit den Staatseisenbahnen wegen neuer Bestellungen von Personen- und Güterwagen, welche bis zum April des Jahres 1909 zu liefern sind. Bis dahin ist den Fabriken also regelmäßiger Betrieb gesichert; die frühere Überlastung hat jedoch etwas abgenommen, da die Beschäftigung für Kleinbahnen wie für das Ausland nachgelassen hat.

Waggon- und Maschinenfabrik Akt.-Ges. vorm. Busch in Sandburg. Die Gesellschaft weist für 1906/07 eine namhafte Steigerung des Ertrages aus. Der Bruttoertrag beträgt 719 657 gegen 649 892 Mk. in 1905/06. Nach Abschreibungen in Höhe von 94 022 (im Vorjahr 92 242) Mk. verbleibt ein Reingewinn von 212 293 gegen 155 645 Mk.

in 1905/06. Hieraus sollen 3 Prozent (1) Dividende auf die Stammaktien und 8 Prozent (6) auf die Vorzugsaktien verteilt und 11 487 (11 778) Mk. neu vorgetragen werden. In dem Geschäftsbericht heißt es unter anderem: „Die Abteilung Waggonbau hat im letzten Jahre größere Lieferungen, insbesondere für die Generaldirektion der Sächsischen Staatseisenbahnen, getätigt und hierbei besonders eine größere Zahl vierachsiger D-Zugwagen zur Ablieferung gebracht. Die im neuen zweijährigen Etat für das Königreich Sachsen vorgesehene Beschaffung von Eisenbahntriebmitteln ist wesentlich größer als im verfloffenen Etat, so daß wir für die nächsten zwei Jahre auf eine gleichmäßige lohnende Beschäftigung rechnen können. Auf Grund unserer Probe-lieferung hat uns die Stadt Berlin für die erste mit Auto-mobilfahrzeugen neu zu errichtende Feuerwehrrunde einen aus drei Fahrzeugen bestehenden Automobilzug bestellt. Sollte sich dieser im Straßenetriebe der Stadt bewähren, so ist die Durchführung der Umwandlung des gesamten Pferdebetriebes der Berliner Feuerwehr in den Automobilbetrieb zu erwarten, und wir dürfen bei Vergebung der Aufträge auf entsprechende Berücksichtigung schon im Hinblick auf die von uns im Laufe der Versuchsstation gebrachten nicht unerheblichen Opfer mit in erster Linie rechnen. Auch andere Städte Deutschlands werden allmählich im Feuerlöschwesen die gleiche Umwandlung vornehmen, und wir erwarten hier von weiterer Beschäftigung auch für diese Abteilung. Der für unsere Hamburger Fabrik vorgesehene Karosseriebau für Automobilzwecke hat sich nicht in der erwarteten Weise entwickeln können, da insbesondere die von kleinen Wagenbauern abgegebenen Konkurrenzpreise für einfache Typen so niedrig waren, daß lohnende Aufträge nur wenig erhältlich gewesen sind. Wir werden uns infolgedessen mehr dem Gebiete des Luxuskarosseriebaus zuwenden und hoffen, hierdurch bessere Resultate zu erzielen. Inzwischen ist die Fabrik Hamburg für die erste Hälfte des laufenden Geschäftsjahres mit dem Bau von Wagenkästen für elektrische Straßenbahnen, für welche wir wieder größere Aufträge hereinbringen konnten, zufriedenstellend beschäftigt. Wir glauben, unseren Aktionären für das laufende Geschäftsjahr ein zufriedenstellendes Resultat in Aussicht stellen zu können.“

Aus der finnischen Holzarbeiterbewegung. Am 30. Juli 1897 wurde in Finnland, wie dem Sekretär der Internationalen Union für Holzarbeiter von dort berichtet wird, der Verband der Fischer und am 27. Juni 1899 der Verband der Zimmerer gegründet. Die damaligen politischen Verhältnisse im Lande ließen jedoch die Arbeiterbewegung nur schwer aufkommen, und auch die Gewerkschaften wurden von der reaktionären Politik der damaligen Regierung hart getroffen. Erst nach dem glücklichen Attentat auf Bobritzoff folgte eine freierliche Periode, die auch einen bemerkenswerten Aufschwung der Organisationen brachte. Vom 17. bis 19. Juli 1905 hielten die Fischer und Zimmerer einen gemeinschaftlichen Kongress und vereinigten ihre beiden Organisationen zu dem jetzigen Holzarbeiterverband (Suomen Puutyöntekijäin Liitto), welchem am Schlusse des Jahres 1905 22 Sektionen angehörten. Im Jahre 1906 traten 21 und 1907 weitere 28 neue Sektionen bei, so daß dem Verband zur Zeit dieses Berichtes, im Oktober 1907, 71 Sektionen mit zusammen 3300 Mitgliedern angehören.

Vom 28. bis 31. Juli 1907 hat der zweite Kongress des Verbandes stattgefunden, an welchem auf Einladung auch ein Vertreter des Schwedischen Holzarbeiterverbandes teilnahm. Dessen Bericht in dem schwedischen Verbandsorgan entnehmen wir, daß zirka 70 Delegierte anwesend waren. Es wurde eine umfassende Statutenrevision vorgenommen, welche Arbeit die meiste Zeit des Kongresses in Anspruch nahm. Der Entwurf des Vorstandes, welchem das Statut des schwedischen Verbandes zur Grundlage gedient hatte, wurde mit geringen Änderungen angenommen. Die Sektionen müssen für jedes neu eintretende Mitglied ein Eintrittsgeld von 1 Mk. an den Verband abführen, von welcher Abgabe sie bis dahin befreit waren. Der Verbandsbeitrag wurde von 25 Penni im Monat auf 10 Penni (Centimes) in der Woche erhöht. Ferner beschloß der Kongress den Anschluß des Verbandes an die Internationale Union der Holzarbeiter.

Der Vorstand des Verbandes besteht aus sieben Mitgliedern und hat seinen Sitz in Helsingfors. Von den Vorstandsmitgliedern sind zwei, der Vorsitzende und Kassierer, vom Verband ganz besoldet. Das Gehalt beträgt jährlich 2100 Mk.

Das Statut des Verbandes hat nicht für alle Sektionen einheitliche Geltung, sondern die Sektionen können über ihre Statuten selbst beschließen, jedoch unter Beobachtung der Bestimmungen des Verbandsstatuts.

Der Verband gibt eine eigene Zeitung heraus, welche monatlich unter dem Titel „Läsu“ erscheint.

Über die Lohnbewegung des Verbandes berichtet der Vorstand, daß 30 Sektionen bereits Kollektivverträge mit den Arbeitgebern abgeschlossen haben, durch welche die Arbeitszeit und der Lohn festgesetzt sind. Die vertragliche Arbeitszeit beträgt in einigen Fällen 9 und 9 1/2, meistens aber 10 Stunden, der Minimallohn 25 bis 60 Penni pro Stunde. Im Jahre 1906 wurden 13 Streiks vom Verband geführt, sämtlich mit erfolgreichem Verlauf.

Gewerkschaftliches.

Woher stammt die Bezeichnung „gelbe Gewerkschaften“?

Diese Frage wird auch in Kreisen organisierter Arbeiter sehr verschieden beantwortet. Einmal heißt es: „Es gab rote, blaue und schwarze Gewerkschaften, so daß sich im Gegensatz hierzu die Streikbrecherbände selbst den Namen „Gelben“ zugelegt habe. Andere erklären wieder, daß die „Gelben“ bei einem Streik in Frankreich eine gelbe Fahne entrollt haben, wodurch sie ihre Gegnerschaft zum Streik und den Absichten der Roten kundgeben wollten.“

Die „Frankfurter Zeitung“ brachte nun am 20. Februar 1908 eine neue Lesart, die wir nachstehend wiedergeben wollen:

„Bei den Arbeiterkämpfen in Creusot und im Bergrevier um Monceau les Mines in Frankreich entstand eine Spaltung in der Arbeiterschaft. Ein Teil der Streikenden, die Gemäßigten, wollte sich dem anderen nicht fügen und bildete

einen Bund für sich. Während diese Gemäßigten sich bereiteten, wurden die Fenster des Lokals, in dem sie versammelt waren, von den anderen eingeworfen, worauf die im Lokal sich damit halfen, daß sie die Fenster mit gelbem Papier beklebten. Aus diesem zufälligen Vorgang ist ein Name entstanden, der Name für eine neue Kategorie von Arbeiterorganisation: die gelben Gewerkschaften. Sie bestehen in Frankreich seit dem Jahre 1901, in Deutschland erst seit 1905. Aber der deutsche Typus der Gelben ist nicht derselbe wie der französische.“

Die „Frankfurter Zeitung“ sucht nun in dem an sich sehr lesenswerten Artikel dies näher zu erklären. Sie erklärt, daß allerdings beide Organisationen, in Frankreich wie in Deutschland, wenigstens in der Theorie „aus einer Abneigung gegen Streiks hervorgegangen“. Das „Programm“ der französischen Streikbrecherbände enthalte aber einen Punkt, den die Deutschen nicht aufgenommen haben: „Erhebung der Handarbeit zum Kapital und zum Eigentum.“ Das heiße, die Arbeiter sollen sparen, um in irgend einer Form Anteil an Unternehmen zu gewinnen. Dadurch würden sie das größte Interesse am Gedeihen des Unternehmens haben, und die Folge würde sein, daß sie zu Feinden aller Streiks werden. Die deutschen Streikbrecher hätten diesen Programmpunkt nicht, sie wollten nur „unter Ausschaltung der Theorie des Klassenkampfes in friedlichen Unterhandlungen mit den Arbeitgebern ihre wirtschaftliche Lage verbessern“. Das ist doch zu viel Ehre für diese Bande. Als Kreaturen der Unternehmer sind sie in Theorie und Praxis bereit, zu ernten, ohne zu säen, und für Judaslohn ihre Nebenkollegen zu verraten. Ein Teil derselben hat aber als unwissende Menschen weder eine Ahnung vom Klassenkampf noch vom Klassenbewußtsein der Arbeiter. Es sind Heloten, die als gefügige Werkzeuge der schlauen Unternehmer und deren Heckerlsnechte sich zu allem gebrauchen lassen, ohne sich ihrer traurigen Rolle oft bewußt zu werden. Dagegen sind die Führer dieser Streikbrecherbände, im Solde der Unternehmer stehend, wie die Polizeispitzel meistens schlaue Patrone, die es ja bei jeder Räuberbande geben kann, und zu jeder Schandtat bereit.

Sobald die Unternehmer das Interesse an ihren Schöpfungen verloren haben, werden auch diese gelben „Verbände“ von der Bildfläche verschwinden.

Die gelbe Bewegung habe nun in Frankreich große Fortschritte gemacht. Es gehörten ihr 439 Gewerkschaften und 87 Arbeitgebervereine als Verband an. Auf dem dritten Kongress dieser Gewerkschaften 1907 zu Paris hätten 150 Delegierte angeblich 600 000 Industriearbeiter vertreten!! Einige Nullen daran werden wohl gelogen sein. Viel geringer sei der Umfang der Gelben in Deutschland. Die genaue Mitgliederzahl sei nicht bekannt, „doch wird sie ein Duzend Tausender kaum überschreiten“. Es sei aber nicht ausgeschlossen, daß die „Gelben“ auch in Deutschland größere Bedeutung erlangten. Dies müssen die Zentralverbände zu verhüten suchen.

Arbeitslosigkeit im Monat Februar 1908.

Gau	Anzahl der Mitglieder im letzten Tage des Monats	Arbeitslose Mitglieder am Orte				Anzahl der Arbeitslosen im letzten Tage des Monats	Unterstützung haben erhalten									
		vorigen Monat	in diesem Monat	Gesamtzahl	am 29. Febr.		Arbeitslose am Orte				Arbeitslose auf der Reise					
							Mitgl.	Tage	Mt.	Pf.	Mitgl.	Tage	Mt.	Pf.		
Danzig	29	2620	168	179	847	164	—	243	3012	3850	84	29	59	52	40	2
Stettin	35	2810	135	109	244	96	10	119	1466	1855	38	138	274	241	97	4
Breslau	35	6512	243	182	425	164	3	205	2491	3474	4	101	130	161	97	5
Berlin	88	33027	4372	2831	7203	3695	1	547	7014	8211	46	345	620	597	47	8
Dresden	49	11438	451	427	878	408	7	101	1427	5997	42	200	518	303	30	3
Chemnitz	53	13119	308	467	770	399	12	381	4499	6077	38	285	412	391	50	5
Erfurt	30	4780	59	58	117	69	6	50	570	703	05	207	291	268	30	4
Magdeburg	52	5580	243	237	480	217	14	226	2500	3177	39	330	454	420	98	2
Hamburg	59	16653	612	938	1550	493	43	694	7129	9672	27	908	1313	1256	84	5
Hannover	42	8371	276	241	517	221	24	309	3216	4367	77	458	671	649	25	3
Düsseldorf	48	7559	211	226	437	161	30	192	1738	2291	56	572	950	851	53	4
Frankfurt	57	10327	446	310	756	325	19	372	4019	5216	—	533	894	811	54	4
Mürnberg	37	8594	264	162	426	222	16	211	3133	3998	59	235	513	457	10	—
München	35	5564	255	256	511	148	7	206	2454	3343	78	233	518	481	17	5
Stuttgart	82	8630	266	177	443	225	14	251	3270	4385	78	458	780	718	18	9
Saupfasse	—	662	4	5	9	5	—	5	69	92	—	13	23	22	50	—
Februar 1908	731	146246	8308	6805	15113	7017	217	6475	75237	101317	91	5095	8270	7639	—	63
Januar	771	146637	8371	8608	16979	8463	213	9371	107793	146258	32	5345	8439	7734	38	24
Dezember 1907	766	148405	4495	9794	14298	8256	243	5580	61346	84196	02	5072	8175	7494	74	21
November	752	148468	3711	7268	10979	4565	201	4528	49177	66386	31	4921	8203	7699	98	30
Oktober	734	148008	2545	8514	11059	3823	224	3714	32850	46889	95	5707	10050	9420	89	46
September	746	149108	1679	8191	9870	2575	263	2262	17794	25852	04	5933	10591	10097	97	34
August	735	148996	1930	6820	8750	1751	261	2206	18815	24693	96	6701	11711	11159	50	41
Juli	739	148590	2262	6920	9132	2050	301	2307	19978	26453	06	8057	13545	12939	57	35
Juni	740	149316	2840	6334	9174	2330	286	4702	31800	43487	70	8064	13506	12915	19	31
Mai	742	149123	3338	5697	9035	2794	302	4685	57496	116373	22	7714	12727	12140	48	27
April	782	148955	3576	5833	9409	3452	288	5296	66219	126533	98	6116	10206	9721	93	42
März	742	150696	3914	5747	9661	3638	172	5879	70028	123302	92	5170	8575	8160	33	29
Februar	734	152914	3913	5502	9415	4100	317	5749	63840	106360	88	4736	7649	7166	55	31

Zur besseren Übersicht über den unterschiedlichen Umfang der Arbeitslosigkeit fügen wir noch folgende Vergleichszahlen bei:

Monat	Zahl der Arbeitslosen am letzten Tage des Monats				Auf je 100 Mitglieder entfallen Arbeitslose				
	1904	1905	1906	1907	1904	1905	1906	1907	
Januar	—	2692	3256	4370	8463	—	2,58	2,47	2,87
Februar	—	1917	2313	4100	7017	—	1,81	1,72	2,68
März	—	1559	2121	3688	—	—	1,44	1,56	2,45
April	—	1765	2170	3452	—	—	1,61	1,54	2,32
Mai	—	1284	2127	2794	—	—	1,16	1,48	1,87
Juni	—	1227	1916	2330	—	—	1,08	1,33	1,56
Juli	700	1134	1612	2050	—	—	1,00	1,13	1,51
August	510	901	1227	1751	—	—	0,76	0,84	1,17
September	774	1060	1633	2575	—	—	0,87	1,11	1,72
Oktober	1226	1984	2399	3823	—	—	1,22	1,58	2,60
November	1451	1914	2317	4565	—	—	1,42	1,49	3,07
Dezember	2782	3290	4649	8256	—	—	2,72	2,52	5,53

Polizeiliches und Gerichtliches.

In eigener Sache. Herr Rasse in Berlin, seines Zeichens Generalsekretär des Rühnemännerverbandes und anderer Scharfmacherorganisationen, hatte sich durch einen Artikel in Nr. 36, Jahrgang 1907 unserer Zeitung, betitelt „Gründung eines Arbeitgeberverbands für das Maurergewerbe“, beleidigt gefühlt, weil darin seine Tätigkeit im Dienste der Unternehmer mit einigen drastischen Worten gekennzeichnet war. Er strengte gegen den Redakteur unserer Zeitung, Kollegen C. Deinhardt, vor dem Schöffengericht Berlin eine Privatklage wegen Beleidigung an mit dem Erfolg, daß Deinhardt zu 10 Mk. Geldstrafe verurteilt wurde. Das genigte Herrn Rasse nicht, so daß sich auch noch die 8. Strafkammer des Landgerichts I als Berufungsgericht mit dem Fall zu beschäftigen hatte. Das Gericht gab nach längerer Verhandlung der Berufung des Klägers statt und erhöhte die Strafe auf 50 Mk. mit der Begründung, daß

der Angeklagte zwar in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt, aber doch die Form des Artikels zu erkennen gegeben habe, daß er den Kläger lächerlich machen wolle.

Im Zusammenhang mit diesem Preßprozeß stand eine zweite Privatbeleidigungsklage Masse kontra Deinhardt, die bereits am 11. Februar vor dem Schöffengericht Berlin Mitte zum Austrag kam.

Literarisches.

Karl Rantky, Die Klassenkämpfe im Zeitalter der französischen Revolution. Neue Ausgabe der Klassengegenläufe von 1879. Stuttgart, Verlag von F. S. W. Diez Nachf. Preis broschiert 75 Pf., gebunden 1 M., Vereinsausgabe 50 Pf.

Der Klassenkampf des Proletariats. Unter diesem Titel erscheinen im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, eine Reihe von Abhandlungen, deren Verfasser der Genosse Parous ist.

Wahlrecht und Wahlrechtsdemonstration vor dem deutschen Reichstag. Unter diesem Titel ist ein Teil der Wahlrechtsdebatte am 22. Januar in einer Broschüre zusammengefaßt worden, die im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, erschienen ist.

Anzeigen.

Darmstadt. Der Arbeitsnachweis der hiesigen Bahnhöfe befindet sich bei Kollege Götting, Stebfrauenstraße 37, geöffnet morgens von 9-12 Uhr und nachmittags von 3-7 Uhr. Umschauen verboten.

Kirchheim u. E. Die Reiseunterstützung bezahlt der Kaffeehausbesitzer, Karlsstraße 52, 1 Treppe, abends von 6 1/2-7 1/2 Uhr aus. Die reisenden Kollegen werden erlucht, den Kaffeehausbesitzer über die Mittagspause oben in der Werkstatt aufzusuchen.

Witten a. d. Ruhr. Die Verbandsherberge befindet sich bei Simon, Ardeystraße 95. Die reisenden Kollegen wollen nur da verkehren.

Mehrere Tischler oder Teilarbeiter, speziell auf Schlafzimmereinrichtungen, sofort gesucht.

Pauls Dampfischlerei Wiesenburg i. d. Mark.

2 Tischlergesellen sucht zum sofortigen Antritt auf Bau- und Möbelarbeit.

Karl Weeber, Klein-Silber Kreis Arnswalde, Brandenburg.

Tüchtige Bau- u. Möbelschreiner finden dauernde Beschäftigung. Nur gute Kräfte wollen sich melden.

H. Niewerth, Baugeschäft Wernigerode i. Harz.

Wernigerode. Unser Arbeitsnachweis befindet sich bei Kollege Nießstadt, Große Dammstraße 2a. Umschauen streng verboten.

Tüchtige Möbelschreiner auf feine, gutbezahlte Auftragsarbeit für dauernd gesucht.

M. Rentlinger & Co., Möbelfabrik am Westbahnhof in Karlsruhe, Baden.

Drehfler gesucht speziell auf Uhrgehäuse eingerichteter tüchtiger Arbeiter, unverheiratet. Offerten an Richard Grunert, Beverley, England.

Ein tüchtigen Drechsler verlangt sofort. Verheirateter bevorzugt.

Schönegge, Stargard i. Pommern.

Zwei tüchtige Korbmacher erhalten sofort dauernde Beschäftigung bei

Witwe Pauline Winkler Gerischdorf i. Riesengebirge.

Ein Korbmacher auf groß Geschlagen bei sehr hohem Lohn gesucht.

J. Friedrich, Frankfurt a. M., Rollinstr. 40.

Korbmacher auf Roharbeit geübt, finden Stellung. Lohn nach Tarif.

Gehr. Wolf, Bernburg.

2 Korbmacher auf Reiseförbe, Zoll 15 Pfg., 2 Korbmacher auf Rohr, Bohn nach Leistung, dauernde Arbeit zugesichert.

O. Hoffmann, Korbfabrik, Cassel Jägerstraße 7.

Korbmacher auf Gematt für sofort gesucht.

H. Michael, Falkenberg, Holstein.

Zwei tüchtige Korbmacher auf Mattarbeit stellt sofort ein

Witwe Th. Bormann Tangermünde a. Elbe.

Paul Louis, Geschichte des Sozialismus in Frankreich. Aus dem Französischen übertragen und mit Anmerkungen versehen von Hermann Wendel. Preis broschiert 2,50 M., gebunden 3 M.

Briefkasten.

Nürnberg. C. W. Nicht abgestempelte Einsendungen dürfen wir nicht veröffentlichen. Das wäre ja auch noch schöner, wenn wir ohne weiteres alles, was an uns kommt, abdruckten, da könnten uns oft genug Gegner unserer Sache schwer hereinlegen. Das „Eingesandt“ bleibt also unveröffentlicht.

Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter, ausschließlich aller Berg- und Erdarbeiter (G. S. 3 in Hamburg).

Der Vorstand beruft auf Grund von § 28 Ziffer 1 des Statuts die 20. Generalversammlung auf den 21. Juli 1908 und die folgenden Tage nach Dresden ein.

Tagesordnung:

- 1. Bericht der Mandatsprüfungskommission. 2. Berichte: a. des Ausschusses, b. des Vorstandes, c. des Hauptkassierers, d. des Schiedsgerichts, e. der Rassenprüfungskommission. 3. Statutenänderung. 4. Wahl einer Haushaltungskommission. 5. Bericht und Beschlussfassung über eingegangene Beschwerden. 6. Wahlen: a. des Sitzes und der Mitglieder sowie Erfahrmänner für den Ausschuss, b. des Vorstandes, dessen Erfahrmänner und der Bureaubeamten, c. des Schiedsgerichts und Erfahrmänner für dasselbe, d. der Hauptkassierer und deren Erfahrmänner. 7. Erledigung sonstiger Rassenangelegenheiten.

Der Vorstand. J. A.: G. Blume, Vorsitzender.

Vertreterversammlung der Sterbefasse für Frauen von Mitgliedern der Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter in Hamburg in der Woche ab 21. Juli 1908 in Dresden.

Tagesordnung:

- 1. Vorstands- und Rassenbericht. 2. Rassenprüfungsbericht. 3. Satzungsänderung und Erledigung sonstiger Anträge. 4. Wahl des Vorstandes und dessen Erfahrmänner. 5. Wahl von zwei Revisoren.

Der Vorstand. J. A.: G. Blume, Vorsitzender.

Die Abrechnungsformulare sind in letzter Woche an sämtliche Verwaltungsstellen versandt worden. Sollten dieselben an einzelnen Stellen nicht eingegangen sein, bitten wir, bei der Hauptkasse zu reklamieren. Weiter machen wir darauf aufmerksam, daß die Beitrittscheine nicht von den Verwaltungsbeamten, sondern von den Beitretenden auszufüllen sind. Nur Ort, Datum, Klassenzugehörigkeit und Name des Bevollmächtigten ist vom letzteren auszuführen.

Der Vorstand.

Allgemeine Kranken- und Sterbefasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen. (G. S. 86, Hamburg.)

Im Februar sandten die Ausschüsse ein: Großen 200 M., Böhlte 150, Harburg 100, Gelle 100, Dörschhausen 100, Hamburg II 100 M. Summa 750 M.

Zuschuß erhielten: Berlin D 400 M., Stettin 300, Breslau 200, Berlin B 200, Fürth 150, Wald 100, Schweidnitz 100, Cöln 100, Kaiserlautern 100, Offenbach 100, Halle 50 M. Summa 1800 M.

Zul. Maßmann, Hauptkassierer, Hamburg 19.

Sachblatt für Holzarbeiter Kunstgewerbe- und Fachzeitschrift Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband Preis pro Jahrgang in geschmackvollem Originalband gebunden 5 Mark, ungebunden 4 Mark Der Jahrgang 1907 liegt jetzt vollständig vor und kann von dem unterzeichneten Verlag gegen Voreinsendung von 5 resp. 4 Mark nachbezogen werden. Er enthält mehr denn 550 Abbildungen aus der Praxis des Holzarbeiters, darunter Reproduktionen von Arbeiten unserer bedeutendsten Innenarchitekten, wie Richard Niemerschmid, Bruno Paul, Henry Van de Velde, Baillie Scott u. a. Ferner gute textliche Beiträge der ersten kunstgewerblichen Schriftsteller, so Josef Aug. Eug. Hermann Muthesius, Franz Gammeler u. a., und hervorragende fachtechnische Artikel, so aus der Feder des Architekten und Kunstgewerbeschullehrers D. Winkelmüller folgende Arbeiten: Siren, Tore und Windfänge (mit 109 Abbildungen), Holzdecken (mit 26 Abbildungen), Fußböden (mit 28 Abbildungen), Wandtäfelungen (mit 30 Abbildungen). Zahlreichen Bestellungen sieht entgegen Der Verlag des Sachblatt für Holzarbeiter Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Paul Horn Politur- und Lack-Fabrik * Hamburg 23 * Nach meinem durch zwei deutsche Reichspatente geschützten neuen Polierverfahren werden die Poren des Holzes beim Polieren mit spritzlöslichem Polierpulver (Lackstoffpulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht eine sofortige Porenfüllung man erspart Material, Zeit, Arbeit erzielt: edler unverfälschten, glasartigen Hochglanz, klare, durchscheinende Poren, wun-derbares Feuer der flammigen Maserung, volle Schönheit des Holzes Vermeidet Oelanschwimmen, Rißfugen, den bei Politurdecke, weiße Flecke, sowie Einschlagen der Politur. Beim Polieren wird kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz, sondern reine, unverfälschte Schellack-Politur verwendet. Es ist patentrechtlich strafbar, ohne meine Einwilligung beim Zupolieren der Poren spritzlösliches Porenpulver (Lackstoffpulver) anzuwenden; ganz gleich, unter welchem Namen dasselbe angeboten oder gekauft wird. Preis pro Versuchspolieren 8 M. Inhaltend: 1. Central-Schellackpolitur-Extrakt zum Grundpolieren 1. Patent-Politur zum Reinpulieren 1. allerfeinsten Politur-Glanzlack, blond zum Ausbleichen von Klebresten usw. 1. allerfeinsten kristall-Glanzlack, blond (Schliffack, Drechsler-, Bildhauerlack) 1. Schleif- und Polieröl, gelblich (Holz) 1. Dose Porenfüllpulver, feinste Marke „Horn“ 1. Dose Porenfüllpulver, gemischte Qualität „Marmor-Mono“ 1. Stube Sinterpulverpulver, hellgelbbraun 1. Tube Infrarotstrahlung (Holz), blond, 3. Kustilien schabbarer Holzleim 1. Stück Korbschleifblock, 120x75x30 mm zum Ausnahmen 8 M. franko inkl. Embal. Preis von 8 M. lage gegen Nachn. Ich übernehme jede Garantie für die Güte der Ware und für ein gutes Resultat. Bei Bestellungen genügt die Angabe: 1 Postkollo zum Versuchspolieren 8 M. Mein Lehrbuch über das Beizen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen des Holzes enthält in maßiger Werksprache fachwissenschaftliche Anleitungen über alle Vollendungsarbeiten der Holzindustrie, eine künstlerisch ausgeführte 40farbige Beiztafel und Preisverzeichnis über 180 Artikel. Empfohlen und glänzend beurteilt von: Prof. Dr. Hellmann-Berlin, Prof. Dr. Ottolar Lenecek-Berlin, Prof. E. Herm. Walde-Warmbrunn, Prof. Rudolf Hammel-Wien, Direktor Oskar Strobel-München, Louis Edgar Andes-Wien (Techn. Gewerbe-Museum), F. F. Staatsgewerbeschule-Dratz, Direktor Jos. Hofmann-München. Bei Auftragserteilung wird der Betrag zurückvergütet. Preis M. 1.50. Werkstattpauberei. Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Herausgeber: Paul Horn. Interessant, unterhaltend, lehrreich für alle Männer der Werkstatt, behandelt die Konstruktionen, Werkzeuge, das Material und alle Arbeitsgebiete der Holzindustrie in vollständiger Form. Abonnement: Jährlich 12 Nummern 3 M.

Einem jungen, tüchtigen Korbmacher-gesellen auf Mattarbeit sucht für bald. P. Wagner a. G. Hannover. Adressen siehe unten.

Weber und Einzieher finden dauernde und gut lohnende Beschäftigung bei

Schade & Co., Bürsten- u. Pinselfabrik Quatenbreich, Provinz Hannover.

Ein tüchtiger, mit Fräse, Kreis- und Bandsäge vertrauter Holzarbeiter, der in der Herstellung von Bürstenböckern erfahren ist, gesucht.

H. Dinnendahl, Wesel a. Rhein.

3-4 tüchtige Bürstenmacher gesucht auf Bechen und Mischen für dauernde Arbeit.

Oskar Kirsten, Bürstenfabrik Straßburg i. Elsaß.

Gesucht ein ordentlicher Bürstenmacher-geselle zum Bechen, 1,90 M. pro 1000, dauernde Arbeit.

F. E. Schacht & Co., Lübeck.

Tüchtigen Bürstenmacher sucht

Rob. Gündel, Stollberg i. Erzgebirge.

Gesucht 2 Bürstenmacher auf Bechen und Mischen; selbige können auch verheiratet sein.

R. Bomke, Lübeck.

Achtung! 2-3 Vorstanzrichter, auf rohe Vorsten eingearbeitet (Sortieren und Lämmen), finden während des ganzen Jahres Beschäftigung bei hohem Lohn.

H. Sonnenberg, Peine (Hannover).

Wiederherstellung von Holzwerkzeugen. Ein im Betrieb lebende Werkzeugmacher sucht in die Holzindustrie, gewinnvoll oder ohne Anwesen zu verkaufen oder zu vermieten. Offerten bitte unter S. G. 121 an die Exp. der Holzarbeiter-Ztg. zu richten.

Modelltischlereien Formern usw. bieten in der Praxis anerkannt große Vorteile die Tabellen des Modelltischlers. Gegen Voreinsendung von 30 Pf. in Briefmarken zu beziehen durch

A. Stephan, Altona, Bernerstr. 65.

Bei Nachn. 20 Pf. mehr. Sektionen erh. Rabatt.

Laubsägerei * * * * * Kerbschnitzerei, Holzbrandmalerei liefert am billigsten sämtl. Werkzeuge, Vorlagen, Holz usw. J. Brendel, Maxdorf 95 (Wahl). Stetighalt. Katalog gratis u. franco. Laubsägeholz pro Quadratmeter von 1 Mark an.

Ca. 60 Stück Zinkzungen sehr gut erhalten, 1010x37x3 mm, verkauft

König, Nitzdorf, Kaiser Friedrichstr. 218.

DETMOLD - GRÖSSTE TISCHLER-FACHSCHULE Programm frei. Direktor Reineking. Selbstunterrichtswerke für Tischler versendet Direktor Reineking, Detmold.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule Nürnberg. Erstklassige Lehranstalt. Kirchenweg 14. Dir. Carl Malbaum.

Slomkes Städtebuch. Reiseführer durch Deutschland u. ang. Länder mit Eisenbahn- u. Wegeliste, 356 Seiten, geb. M. 1.20. In all. Buchhdl. zu haben od. geg. Eins. von M. 1.40 bei G. Slomke, Bielefeld.

Beim Polieren wird kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz, sondern reine, unverfälschte Schellack-Politur verwendet. Es ist patentrechtlich strafbar, ohne meine Einwilligung beim Zupolieren der Poren spritzlösliches Porenpulver (Lackstoffpulver) anzuwenden; ganz gleich, unter welchem Namen dasselbe angeboten oder gekauft wird.

Preis pro Versuchspolieren 8 M. Inhaltend: 1. Central-Schellackpolitur-Extrakt zum Grundpolieren 1. Patent-Politur zum Reinpulieren 1. allerfeinsten Politur-Glanzlack, blond zum Ausbleichen von Klebresten usw. 1. allerfeinsten kristall-Glanzlack, blond (Schliffack, Drechsler-, Bildhauerlack) 1. Schleif- und Polieröl, gelblich (Holz) 1. Dose Porenfüllpulver, feinste Marke „Horn“ 1. Dose Porenfüllpulver, gemischte Qualität „Marmor-Mono“ 1. Stube Sinterpulverpulver, hellgelbbraun 1. Tube Infrarotstrahlung (Holz), blond, 3. Kustilien schabbarer Holzleim 1. Stück Korbschleifblock, 120x75x30 mm zum Ausnahmen 8 M. franko inkl. Embal. Preis von 8 M. lage gegen Nachn. Ich übernehme jede Garantie für die Güte der Ware und für ein gutes Resultat. Bei Bestellungen genügt die Angabe: 1 Postkollo zum Versuchspolieren 8 M.

Mein Lehrbuch über das Beizen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen des Holzes enthält in maßiger Werksprache fachwissenschaftliche Anleitungen über alle Vollendungsarbeiten der Holzindustrie, eine künstlerisch ausgeführte 40farbige Beiztafel und Preisverzeichnis über 180 Artikel. Empfohlen und glänzend beurteilt von: Prof. Dr. Hellmann-Berlin, Prof. Dr. Ottolar Lenecek-Berlin, Prof. E. Herm. Walde-Warmbrunn, Prof. Rudolf Hammel-Wien, Direktor Oskar Strobel-München, Louis Edgar Andes-Wien (Techn. Gewerbe-Museum), F. F. Staatsgewerbeschule-Dratz, Direktor Jos. Hofmann-München. Bei Auftragserteilung wird der Betrag zurückvergütet. Preis M. 1.50. Werkstattpauberei. Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Herausgeber: Paul Horn. Interessant, unterhaltend, lehrreich für alle Männer der Werkstatt, behandelt die Konstruktionen, Werkzeuge, das Material und alle Arbeitsgebiete der Holzindustrie in vollständiger Form. Abonnement: Jährlich 12 Nummern 3 M.

Verlag von Theodor Neupert in Stuttgart. Druck von Paul Singer in Stuttgart.